

Ausgabe
4/2016

Bayerische Sozialnachrichten

Mitteilungen der Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern



Einzigartig vielfältig.

Die KongressMesse
für den Sozialmarkt



Bayerisches Staatsministerium für
Arbeit und Soziales, Familie und Integration

Soziale Marktwirtschaft 4.0

Liebe Leserin, Lieber Leser,

die Olympischen Spiele liegen hinter uns, die ConSozial vor uns.

„Raumschiff Olympia - Das IOC will eine perfekte Welt simulieren, doch in einer Stadt wie Rio de Janeiro fährt zwangsläufig die Realität dazwischen. Es stinkt nach Fäkalien, es fallen Schüsse.“ So titelte „Die Zeit“ und arbeitete den harten und realen Kontrast zu den bunten Bildern der Eröffnungs- und Abschlussfeier und den dazwischen liegenden Wettkämpfen der Athleten zur Sommerolympiade 2016 als gesellschaftlichen Konflikt heraus.

„Die ConSozial ist einzigartig, vielfältig und bietet ein breites Spektrum sozialer Innovation“, diesen Ansatz zitiert Landrat Thomas Eichinger, Vorsitzender der LAG Ö/F und führt dies im Grußwort auch aus. Sie simuliert keine perfekte Welt und versteht sich vielmehr als Katalysator für anstehende soziale Prozesse.

Mit zwölf ausgesuchten Vorträgen wollen wir Ihr Interesse an der ConSozial wecken und zugleich einen roten Faden durch das umfangreiche Programm spannen. Die Interviews hat die Journalistin Frau Sarah Bencke mit den Referenten geführt und stellt Ihnen diese unter folgenden Überschriften vor:

Bildung 4.0 - „Die Chancengleichheit fängt in der KITA an“. Dieser Schwerpunkt findet eine Fortsetzung in einem Tandemvortrag „Wie Eltern-Kind-Zentren sächsische Familien unterstützen“ und schließt mit der Frage des Fachvortrags „Sozialgesetzbuch VIII: Der ganz große Wurf?“

Unter dem Titel „Soziale Marktwirtschaft 4.0“ spürt die ConSozial aktuellen Entwicklungen nach und erweitert im Managementsymposi-

um Ihren Blick mit dem Thema: „Soziale Dienstleister positionieren sich in Europa“. Exemplarisch stellen wir Ihnen diesen ConSozial-Teil mit dem Beitrag „Wie viel Wettbewerb verträgt die Sozialbranche“ vor.

Die Aufforderung „Nutze das Internet, bevor es dich ausnutzt“ bedarf der „Beachtung digitaler Spielregeln in der Kommunikation von Mensch zu Mensch“. Die „digitale Spaltung in der Sozialwirtschaft“ und „Neue Werkzeuge für die soziale Arbeit“ sind weitere Bausteine für die punktgenaue Ausrichtung sozialer Unternehmen im Zuge der Digitalisierung.

„Virtuelle Tagesbegleiter und schlaue Wohnungen“ sind auch EDV-basierte Schlüsselthemen der Ambulantisierung in der Eingliederungshilfe. Zusammen mit den „Brückenbauerinnen in der Pflege“ sind es nur zwei vorgestellte Best-Practise Beispiele, die gerne kopiert werden wollen.

Die Frage nach „Strategien in der Flüchtlingskrise“ und die Aussage „Man darf den Wohnungsbau nicht nur dem Markt überlassen“ sind gesellschaftlich brandaktuelle Top-Themen, die die ConSozial aufgreift.

Das Raumschiff Olympia hat wieder abgehoben, die ConSozial hingegen bleibt in Deutschland fest verankert. Sie ist Forum und Ort des Austausches innovativer Ideen zugunsten eines sozialen Miteinanders in einer sich verändernden Gesellschaft.

Überzeugen Sie sich selbst und nehmen Sie mit, was Sie gebrauchen



Hendrik Lütke

INHALT

ConSozial

Chancengleichheit fängt in der KITA an S. 4

Nutze das Internet, bevor es dich ausnutzt S. 5

Soziale Dienstleister positionieren sich in Europa S. 6

Sozialgesetzbuch VIII: Der ganz große Wurf? S. 7

Brückenbauerinnen in der Pflege S. 8

Strategien in der Flüchtlingskrise S. 9

Armutskonferenz S. 10

Panorama S. 11

ConSozial

Man darf den Wohnungsbau nicht nur dem Markt überlassen S. 12

Wieviel Wettbewerb verträgt die Sozialbranche S. 13

Neue Werkzeuge für die soziale Arbeit S. 14

Digitale Spaltung in der Sozialwirtschaft S. 15

Virtuelle Tagesbegleiter und schlaue Wohnungen S. 16

Wie Eltern-Kind-Zentren sächsische Familien unterstützen S. 17

Der Betreuungsverein im multiprofessionellen Netzwerk S. 18

Mitgliedsorganisationen S. 19

blind foundation S. 28

Sehr verehrte Damen und Herren,

ja, sie ist einzigartig vielfältig, die ConSozial. Als KongressMesse ist sie wichtiger Ort der Begegnung und des Austausches der sozialen Szene. Der Kongress, die Messe, das Management-Symposium, der KITA-Kongress und der Kongress der Senioren- und Sozialgenossenschaften bieten Raum sich zu informieren, aktuelle Fragestellungen zu diskutieren und Anregungen mitzunehmen um diese in den Arbeitsfeldern eigener Einrichtungen in den Alltag zu integrieren oder sich neu auszurichten. Den Besuchern bietet sich ein breites Spektrum sozialer Innovation.

Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration erschließt als Veranstalter die Vielfalt von Angeboten in neun Arbeitsfeldern und setzt folgende Schwerpunkte in der Programmgestaltung:

- Teilhabe von Menschen mit Behinderung und psychischen Erkrankungen
- Kinder- und Jugendhilfe, Familie und Bildung
- Kindertageseinrichtungen
- Pflege und Hilfen für ältere Menschen
- Armut, Arbeit & Grundsicherung, Sozialraumentwicklung, Bürgerschaftliches Engagement, Kommunale Themen
- Strategisches Management, Sozialpolitik, Sozialmarkt, EU, Ethik & Nachhaltigkeit
- Marketing, Fundraising & Öffentlichkeitsarbeit
- Organisationsentwicklung, IT, Recht & Finanzen
- Personalentwicklung & -führung

Das Programm des dritten Management-Symposiums zeigt unter der Überschrift „Soziale Dienstleister positionieren sich in Europa“ auf, dass der europäische Binnenmarkt für die deutsche Sozialwirtschaft keine ferne Zukunft ist. Nicht nur als Investoren, sondern auch als Betreiber agieren europäische Unternehmen grenzüberschreitend in mehreren Mitgliedsstaaten Europas. Warum ist Deutschland für europäische Anbieter so attraktiv? Erfahrungen mit dem (Sozialen) Binnenmarkt aus deutscher Sicht laufen auf die Fragestellung zu, ob das deutsche Sozialsystem ein interessantes Modell für Europa ist.

In drei großen Themenblöcken werden unterschiedliche strategische Perspektiven aufgenommen, unternehmensstrategische Entwicklungen im Binnenmarkt vorgestellt und diskutiert. Vertreterinnen und Vertreter der EU-Kommission, der Unternehmen und Akteure aus

Mitgliedsstaaten sind Impulsgeber. Eine Simultanübersetzung gewährleistet eine reibungslose Verständigung.

Kinder sind von Natur aus neugierig. So begegnen sie anderen Kulturen meist vorurteilsfrei und wissbegierig. Intuitiv und spielerisch überwinden sie Sprachbarrieren. Unsere Gesellschaft wird bunter und vielfältiger.

Auf dieser Grundlage beschäftigt sich der KITA-Kongress der ConSozial mit der „Zukunft KITA - Gemeinsam Vielfalt leben“. Der KITA kommt als erstem institutionellen Bildungs- und Begegnungsort dabei eine wichtige, zukunftsweisende Rolle zu. Kinder erfahren hier, willkommen zu sein und können so die Chance auf ein vorurteilsfreies, gemeinsames Aufwachsen erhalten.

Der Erfolg Bayerns basiert auf der Tatkraft, der Solidarität und der Eigeninitiative der Bürgerinnen und Bürger. Der Kongress der Senioren- und Sozialgenossenschaften zeigt auf, dass „Gelebte Solidarität und Innovation“ auf diese Eigenschaften aufbaut. Mit ihren individuellen Lösungsansätzen können auch das Konzept der Senioren- und Sozialgenossenschaften zum Erhalt der sozialen Infrastruktur beitragen. Mit

Expertinnen und Experten aus ganz Deutschland sowie praktischen Beispielen werden im Rahmen des Kongresses das Potenzial von Senioren und Sozialgenossenschaften sowie ihre Bedeutung für die heutigen und künftigen gesellschaftlichen Herausforderungen aufgezeigt.

„ConSozial extra“ geht auf der Messebühne die Sache mit „Humor, Humanität & Haltung“ an. Die technologische Revolution erklimmt immer neue Gipfel. Doch kommt dabei das Soziale nicht oft zu kurz? Verschwindet es gar im Digi-Tal? Vier Poetry Slammerinnen und Slammer, die mit Worten ebenfalls gerne die Gipfel der Slam-Szene erklimmen, begeben sich auf die Suche, wie eine „Soziale Marktwirtschaft 4.0“ aussehen könnte.

Als LAG Ö/F beteiligen wir uns aktiv an diesem Prozess denn als Zusammenschluss von öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege will auch sie Ergebnisse erzielen, die einvernehmlich getragen werden, die Bayern sozial gestalten, gleichwertige soziale Lebensbedingungen schaffen und den Mitgliedern wichtige Orientierungshilfen und praktische Unterstützung geben.

Der ConSozial wünschen wir einen guten Verlauf, den Besucherinnen und Besuchern eine gute Wahl in der Zusammenstellung ihres persönlichen Programms und viele gute Gesprächskontakte.



Thomas Eichinger

Vorsitzender
der Landesarbeitsgemeinschaft
der öffentlichen und freien
Wohlfahrtspflege in Bayern



Foto: freeimages

Schon in der Krippe muss man ansetzen, damit später alle die gleichen Bildungschancen haben, findet der renommierte Sozialwissenschaftler und Jugendforscher Klaus Hurrelmann. Sogar für einen „Elternführerschein“ kann er sich erwärmen.

Andere Länder waren einfach entspannter. Dort ist es schon lange Normalität, dass Kinder in die Krippe oder den Kindergarten gehen - ohne dass die Eltern schief angeguckt werden. In Deutschland dagegen waren Pflege und Erziehung bis vor wenigen Jahrzehnten Sache der Familie. Punkt. Diese Tradition wirkt nach: Der Einfluss der Eltern auf den Bildungserfolg ist riesig. Es gibt kaum ein anderes Industrieland, in dem es für Kinder so entscheidend ist, aus welcher sozialen Schicht sie kommen. „Je geringer der Bildungsgrad der Eltern, desto weniger kriegen sie ihre Kinder motiviert“, erklärt Klaus Hurrelmann, Sozialwissenschaftler und Professor of Public Health and Education an der privaten Hertie School of Governance in Berlin.

Eine Studie von 2004 zeigt: Der soziale Aufstieg ist stärker von der Herkunft abhängig als von der Leistung. Selbst wenn arme Kinder sich anstrengen, sind sie oft trotzdem nicht so erfolgreich wie ihre reichen Klassenkameraden. Das überrascht Hurrelmann nicht: „Es zählt eben auch, dass die Eltern wissen, wie man mit Lehrern umgeht, dass sie gut gekleidet und gut gelaunt zu Elternabenden erscheinen oder dass sie Nachhilfe bezahlen können“.

Wie also lässt sich dieser Teufelskreis durchbrechen? Die Lösung, sagt Hurrelmann, fange schon bei den ganz Kleinen an. Die Bildungsanforderungen hätten sich seit den 1960ern stark gewandelt, seien anspruchsvoller und differenzierter geworden. Da sei frühe Förderung von Vorteil für den späteren Erfolg. Deshalb sei es so fatal, dass ausgerechnet arme Eltern

CHANGENGLEICHHEIT FÄNGT IN DER KITA AN

ihre Sprösslinge viel seltener in die Kita schicken. Die hinken dann gewissermaßen von Anfang an hinterher.

Ganztagsschulen könnten diese Nachteile später ausgleichen, sagt Hurrelmann. Allerdings nur, wenn es auch echte Ganztagsschulen seien, die ihre Schüler individuell fördern – und nicht nur an drei Nachmittagen in der Woche ein nettes Beschäftigungsprogramm bieten. Ein Fehler ist seiner Meinung nach auch die Tradition, überall homogene Gruppen zu bilden: gleich alt, gleich schlau. Wir sieben die Kinder zu schnell aus – nach meist vier Jahren landen die einen auf der Hauptschule, andere auf dem Gymnasium. Damit nehmen wir den Schwächeren viele Chancen. Denn sie lernen besser in gemischten Runden mit Leistungsstärkeren. Umso wichtiger ist es, viele Wege nach Rom zu bieten: Schulformen neben dem Gymnasium, an denen man das Abitur machen kann, seien ein ganz wichtiger Schritt, so Hurrelmann.

All das bringt aber wenig, wenn sich bei den Eltern nichts ändert. Sie sind, wenn es um Chancengleichheit geht, der Dreh- und Angelpunkt. „Was wir brauchen, ist ein gutes Training der Eltern“, sagt der Forscher. Es müsse sich eine Kooperation entwickeln zwischen Eltern und Bildungsinstitutionen. Sogar für einen „Elternführerschein“, den Mütter und Väter in einem Kurs erwerben, kann sich Hurrelmann erwärmen.

Immerhin, die Tendenz stimmt. Der Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildungserfolg ist in den vergangenen Jahrzehnten kleiner geworden. Wenn es gelingt, ihn weiter zu entzerren, die neue Generation zu stärken – dann wird auch die Einkommensschere sich langsam schließen. Und das wäre für die ganze Gesellschaft ein Gewinn.

ERÖFFNUNGSVORTRAG

ConSozial und KITA-Kongress der ConSozial
27. Oktober 2016 | 09.30 Uhr
**Bildung 4.0 -
Der lange Weg
zur Chancengleichheit**



Prof. Dr. Klaus Hurrelmann
Hertie School of Governance, Berlin
Email: hurrelmann@hertie-school.org

„NUTZE DAS INTERNET,

BEVOR ES DICH AUSNUTZT“

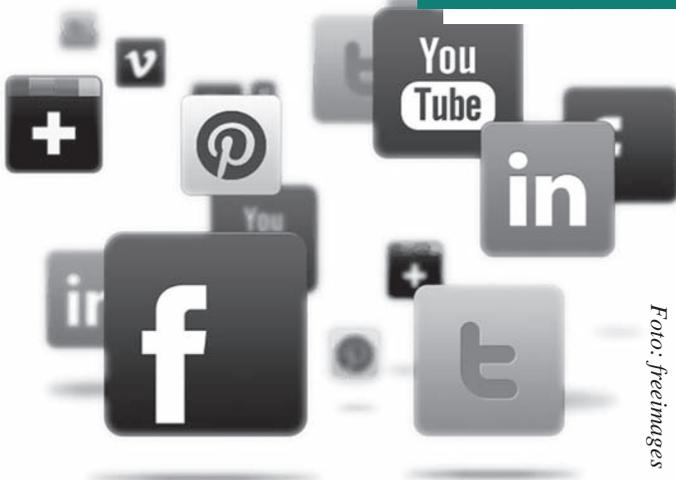


Foto: freemages

Ein paar Bilder auf der Webseite, ein paar Posts auf Facebook: Viel mehr tun die meisten deutschen Unternehmen nicht für ihr Image im Netz. Der Social-Media-Experte und Unternehmer Ibrahim Evsan erklärt, welche Chancen diese Kanäle bieten – und warum man sie nutzen sollte. Im Oktober spricht er auf der ConSozial über den digitalen Wandel.

„Nutze das Internet, bevor es dich ausnutzt“. Dieser Satz ist es, der nach einem Gespräch mit Ibrahim Evsan schnell im Gedächtnis haften bleibt. Er soll heißen: Das Netz bietet große Chancen. Aber es kann auch zur Gefahr werden, zur unkontrollierbaren Kraft, die ein Bild von jemandem oder etwas zeichnet, das so gar nicht stimmt. Jeder, der einmal von Mobbing betroffen war und jede Organisation, die mal einen digitalen Shitstorm erlebt hat, weiß, wie sich das anfühlen kann. Ibrahim Evsan, der sich am liebsten „Ibo“ nennt, weiß dagegen, wie er das Internet zu seinem Vorteil nutzen kann – und hat ein Geschäft daraus gemacht, das auch für seine Kunden zu tun. Er ist aber nicht nur Unternehmer, sondern auch Vortragsreisender zum Thema Social Media. Als solcher kommt er im Herbst zur ConSozial und spricht darüber, wie der digitale Wandel unsere Gesellschaft und uns selbst verändern wird. Einer der Gründe, warum der 40-Jährige so erfolgreich ist (nach eigenen Angaben hat er rund 100.000 Follower auf verschiedenen Social-Media-Plattformen), ist die Tatsache, dass viele Deutsche von Social Media überfordert sind, wie er selbst bestätigt. Das schließt auch die Unternehmen ein. Die Firmen müssten zunächst einmal herausfinden, wie sie die Angebote für sich nutzen könnten, sagt Evsan. Fragen seien etwa: Welche Infrastruktur brauchen wir dafür? Wie können wir uns in der Internet-Community vernetzen? Und mit welchen relevanten Experten sollten wir Kontakte knüpfen?

Auf den ersten Blick scheint es vielleicht so, als bräuchten Sozialunternehmen wie etwa ein Pflegeheim das alles gar nicht. Aber Evsan findet, auch sie müssten schließlich ihre Geschichte erzählen – und das geht heutzutage nicht mehr ohne Internet und soziale Plattformen wie Facebook, oder Twitter. Auch im Wettbewerb um Fachkräfte kann es hilfreich sein. „Man muss fischen, wo die Fische sind“, rät Evsan. Firmen müssten ihre Kunden in den sozialen Netzwerken gezielt suchen und dort auch bedienen, anstatt darauf zu warten, gefunden zu werden.

Eine Geschichte erzählen, das heißt im Prinzip: sein Image pflegen. Und dieses Image hängt von den Werten ab, für die eine Firma steht. „Wer sich ausklinkt, verpasst die Möglichkeit, ein Wertebotschafter zu sein“, erklärt Evsan. Und damit auch die Chance, in seiner Branche im Internet den Ton anzugeben. Dabei sei es doch so: „Wenn die Werte stimmen, verkauft sich ein Produkt automatisch.“ Allein Produkte oder Dienstleistungen anzupreisen, reicht also nicht aus, um erfolgreich zu sein.

In der Zukunft werde jeder vernetzt sein, glaubt Evsan, der auch als Blogger aktiv ist. Es werden Unmengen an Daten über uns verfügbar sein. In weniger als drei Jahren, hatte er im vergangenen Dezember gesagt, werde man anhand dieser Daten genau sagen können, welche Werte eine Firma vertritt. Ob sie die Umwelt schon oder ihre Mitarbeiter gut behandelt, zum Beispiel. Aber auch die Kunden, wir alle werden nach und nach gläsern. Wo zieht jemand eigentlich die Grenze zur Privatsphäre, der von sich sagt: „Ich lebe Social Media“? Das sei ganz einfach, sagt Ibrahim Evsan. Er stelle sich immer vor, in einem Saal mit hundert Menschen zu stehen. Das, was er dort sagen würde, könne er auch im Internet preisgeben.

FACHVORTRAG

26. Oktober 2016 | 11.30 - 12.30 Uhr

„Social Media -
Die digitalen Spielregeln in
der Kommunikation von
Mensch zu Mensch“

**Ibrahim Evsan**

Social Trademarks, Köln

Email: ibrahim.evsan@socialtrademark.com

„SOZIALE DIENSTLEISTER POSITIONIEREN SICH IN EUROPA“



Der Binnenmarkt Europas wirkt sich auch auf die Sozialbranche aus. Europäische Sozialunternehmen sind in Deutschland zunehmend aktiv, umgekehrt gründen deutsche Unternehmen in anderen europäischen Ländern Tochterunternehmen. Warum ist der deutsche Markt so attraktiv für ausländische Anbieter? Was für Erfahrungen machen deutsche Firmen im europäischen Binnenmarkt? Und kann das deutsche System ein Vorbild sein? Antworten will das Management-Symposium auf der ConSozial finden. Moderator Thomas Eisenreich, stellvertretender Geschäftsführer beim Verband diakonischer Dienstgeber in Deutschland (VdDD), gibt einen ersten Einblick.

Wettbewerb kann effektiv sein - auch in der Sozialbranche. „So haben sich viele neue Angebote entwickelt, die an den Wünschen und Bedarfen der Kunden ausgerichtet sind“, sagt Thomas Eisenreich, stellvertretender Geschäftsführer und Bereichsleiter Ökonomie beim Verband diakonischer Dienstgeber in Deutschland (VdDD). Möglich ist diese Innovationsdynamik, weil sich in den vergangenen Jahren die öffentliche Hand aus der direkten Finanzierung der sozialen Infrastruktur zurückgezogen hat und der Wettbewerb hiermit befördert wurde. Und er wird perspektivisch, trotz vieler anderslautender Bekundungen, weiter zunehmen. Der gewollte Wettbewerb, das Zulassungsprinzip und die Nutzung des Vergaberechts haben dazu geführt, dass auch europäische und internationale Investoren zunehmend aktiv geworden sind. „Nach der Investitionswelle Gesundheitsimmobilien ist nun die direkte Leistungserbringung im Fokus“, erklärt Eisenreich. Mit dieser Entwicklung wird sich der erste Teil des Management-Symposiums auf der ConSozial beschäf-

tigen. „Die Diskussion soll dazu beitragen, dass die nationalen Unternehmen die sich verändernden Marktstrukturen umfassender einschätzen und dann eigene Strategien entwickeln können“, betont Eisenreich.

Auch deutsche Sozialunternehmen ergreifen die Chancen des europäischen Binnenmarktes und expandieren ins europäische Ausland – etwa in Richtung Osten und Süden, nach Polen, Tschechien oder Österreich und Italien. Wer zum Beispiel ohnehin in einer grenznahen Region aktiv ist, werde sich immer fragen, ob der Weg über die Grenze fachlich und unternehmerisch sinnvoll sei, erklärt Eisenreich. Über die Erfahrungen der Unternehmen im Ausland und auch mögliche Probleme wird es im zweiten Teil des Symposiums gehen.

Ein wesentlicher Unterschied zu Deutschland: In vielen EU-Ländern ist bislang vorrangig der Staat für soziale Dienstleistungen zuständig – Innovationen entstehen also nur, wenn der Staat sie „vorgibt“, wie Eisenreich sagt. Dieses Dilemma habe die EU-Kommission inzwischen erkannt, ihre Social-Business-Initiative (SBI) fördere daher unternehmerische Lösungen. Aber könnte nicht das deutsche Sozialsystem und dessen zivilgesellschaftlicher Ansatz ein Modell für ganz Europa sein? Der dritte Block des Symposiums soll sich dieser Option widmen und die europäischen Gäste der ConSozial mit der Idee vertraut machen. Verständigungsschwierigkeiten wird es übrigens nicht geben: Für Simultanübersetzung ist gesorgt.

MANAGEMENT - SYMPOSIUM

3. ConSozial Management-Symposium
am 26. und 27. Oktober 2016

**„Soziale Dienstleister
positionieren sich
in Europa“**



Moderation:

Thomas Eisenreich

Verband diakonischer Dienstgeber in
Deutschland (VdDD) e.V., Berlin
Email: thomas.eisenreich@v3d.de

SOZIALGESETZBUCH VIII: DER GANZ GROSSE WURF?



Foto: Inge Mayer

Das Sozialgesetzbuch VIII wird reformiert und soll künftig alle Sozialleistungen für Kinder und Jugendliche umfassen. Thomas Meysen, fachlicher Leiter am Deutschen Institut für Jugendhilfe und Familienrecht, erläutert die größten Herausforderungen.

Der Intelligenzquotient reicht einfach nicht. Um beurteilen zu können, ob und wie stark ein Kind durch seine geistigen Einschränkungen an seiner Teilhabe gehindert ist, müsse man auch die Familie mit betrachten, die Lebensumstände, sagt Thomas Meysen. Aber bisher, erklärt der fachliche Leiter am Deutschen Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e. V. (DIJuF) in Heidelberg, sei das nicht so: „Wenn ich einen IQ von 69 habe, gelte ich als geistig behindert. Wenn ich einen IQ von 70 habe, nicht“. Und das, obwohl allein diese Messung oft schwierig sei. Die Einteilung ist seit langer Zeit auch ausschlaggebend für die Unterstützung, die ein Kind oder eine Familie bekommt. Denn für Hilfen bei geistiger und körperlicher Behinderung ist die Sozialhilfe zuständig, für alle anderen Kinder und Jugendlichen ist es die Jugendhilfe.

Das erste Problem ist die oft unklare Zuständigkeit. Das zweite ist, dass die Hilfen in beiden Bereichen sehr unterschiedlich ausfallen können. Während in der Jugendhilfe auch das Umfeld eine Rolle spielt, konzentrierte sich in der Sozialhilfe alles auf den einzelnen Betroffenen, erklärt Meysen. Beispiel: Ein Kind, das nicht hören kann, muss die Gebärdensprache lernen und braucht dafür einen Kurs. Die Eltern allerdings auch. Die Sozialhilfe zahlt aber nur dem Kind einen Kurs. Obergerichte haben geurteilt, dass die Eltern keinen Anspruch auf Kostenübernahme haben. „So etwas“, meint Meysen, „wäre in der Jugendhilfe nicht denkbar“.

Meysen ist nicht der Einzige, der sich eine Zusammenführung der beiden Bereiche wünscht. Auch viele Verbände fordern das seit Jahren. Ein „inklusives SGB VIII“ soll künftig alle Leistungen für Kinder und

Jugendliche bündeln, ob behindert oder nicht. 2013 haben Union und SPD eine solche Reform in ihrem Koalitionsvertrag beschlossen, sie ist nun in Arbeit.

Besonders kompliziert macht eine Abgrenzung derzeit, dass sich der Hilfebedarf in vielen Fällen nicht nur aus einer Behinderung ergibt, sondern daraus, dass Eltern bei der Förderung ihrer Kinder sehr herausfordernde Aufgaben haben. Diskutiert werde daher unter anderem, die Infrastruktur zu stärken, berichtet Meysen - also mehr Angebote zu schaffen, die die Betroffenen leicht in Anspruch nehmen können, die in der Nähe sind.

Die passenden Orte sind etwa Kindertagesstätten und Schulen. Schon heute gibt es Projekte wie Elternbegleiter oder Elterncafés. Dort soll der vertrauensvolle Kontakt zwischen den Eltern genutzt werden, um sie bei Sorgen oder Nöten zu unterstützen - möglichst, bevor diese zu handfesten Problemen werden. „Die Schwelle, bis das Jugendamt von einem Bedarf erfährt, ist meist recht hoch“, erklärt Meysen. Bis dahin könne man also viel tun.

Klar ist: Das „inklusive SGB VIII“ ist ein ambitioniertes Projekt. Jedes Detail zählt auch für die Leistungsträger. „Ein einziges Wort in dem Gesetz kann eine Milliarde Euro kosten, kann tausenden Menschen Leistungsansprüche nehmen“, verdeutlicht Meysen, um welche Dimensionen es hier geht. So eine große Reform habe es in diesem Bereich seit dem KJHG (Gesetz zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts) nicht mehr gegeben. Und das war 1990.

FACHVORTRAG

26. Oktober 2016 | 16.30 - 17.30 Uhr

**„Große Lösung“:
Wer macht was
im Leistungsdreieck**



Dr. Thomas Meysen
Deutsches Institut für Jugendhilfe und
Familienrecht e.V., Heidelberg
Email: thomas.meyesen@dijuf.de

BRÜCKENBAUERINNEN IN DER PFLEGE



Foto: Inge Mayer

Die Pflege-Landschaft in Deutschland ist vielfältig - und doch werden Muttersprache und kultureller Hintergrund der Menschen bisher kaum berücksichtigt. Das bundesweit einzigartige Modellprojekt „BrückenbauerInnen in der Pflege (IBIP)“ will das ändern. „Auf der ConSozial wird Nazife Sari vom Diakonischen Werk Berlin Stadtmitte e.V., die das Projekt koordiniert, von ersten Erfahrungen berichten.

Sie sprechen arabisch, türkisch, polnisch, serbo-kroatisch, rumänisch, russisch und französisch. Und sie stoßen in eine Lücke, die in Deutschland immer noch gewaltig klafft: Die „BrückenbauerInnen in der Pflege“ (neun Frauen und ein Mann) informieren seit Februar in drei Berliner Bezirken vor allem alte Menschen mit Migrationshintergrund, Familien mit einem pflegebedürftigem Kind und pflegende Angehörige darüber, was für Rechte sie in der Pflege haben und was für Angebote es gibt - und zwar in deren Muttersprache. Das ist wichtig, weil viele, zumal sie vielleicht kaum deutsch sprechen, gar nichts von diesen Möglichkeiten wissen oder sich nicht trauen, sie in Anspruch zu nehmen. „Da spielen Angst und Scham eine Rolle, aber auch Sprachbarrieren“, erklärt Nazife Sari vom Diakonischen Werk Berlin Stadtmitte e.V., die für die Koordination des Modellprojekts zuständig ist. Werden die Menschen dann gepflegt, ist das auch für die Fachkräfte eine Herausforderung: Wie sollen sie richtig auf jemanden eingehen, wenn sie ihn nicht verstehen oder seine Kultur ihnen fremd ist?

Genau hier springen die „BrückenbauerInnen“ ein, die eine sechsmonatige Schulung durchlaufen haben. Sie sind in vier Pflegestützpunkten und zwei Sozialstationen in Berlin-Mitte, Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln angesiedelt, sitzen in offenen Sprechstunden und begleiten Fachkräfte bei Hausbesuchen. Häufig werden sie zum Beispiel gebeten, bei einer Pflegebegutachtung des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung (MDK) dabei zu sein. Missverständnisse können hier schließlich dazu führen, dass jemand die falsche Pflegestufe bekommt - da ist eine korrekte Übersetzung umso wichtiger.

Aber nicht nur damit leistet das Modellprojekt, das vom GKV-Spitzenverband finanziert wird, Pionierarbeit. Die „BrückenbauerInnen“ sind in ein großes Netzwerk eingespannt, das von diversen Beratungsstellen bis hin zu Seniorengruppen reicht. So verschaffen sie sich erst einmal einen Zugang zu alten Menschen mit Migrationshintergrund. „Das Erste, was man machen muss, ist Vertrauen aufzubauen“, erklärt Nazife Sari.

Die Resonanz ist so gut, dass sie sich vor möglichen Aufträgen kaum retten können. Externe Kooperationspartner, etwa interkulturelle Beratungsstellen, nutzen inzwischen ihr Angebot. Die zahlreichen Anfragen aus anderen Bezirken müssten sie aufgrund des Modellcharakters teilweise ablehnen. Das Projekt könnte aber einen Anstoß liefern, um es auf andere Regionen zu übertragen. Zunächst einmal läuft es bis September 2018.

Bedarf wird es auch danach geben: Immer mehr Einwanderer der ersten und zweiten Generation werden auf Pflege angewiesen sein - und haben neben Verständigungsschwierigkeiten oft spezielle Bedürfnisse. Da könne es um Religion gehen, um Kleidung oder Ernährung, sagt Sari. Muss das Essen halal sein? Möchte ein Mann lieber von einem Mann gepflegt werden? Nur an einem Punkt treffen sich alle, unabhängig von Kultur und Sprache: Sie möchten würdevoll altern - und am liebsten von der Familie gepflegt werden.

BEST PRACTICE

26. Oktober 2016 | 16.30 - 17.30 Uhr

**„Brücken bauen -
Zugänge zur Pflege
kultursensibel gestalten“**

**Nazife Sari**

Diakonisches Werk Berlin-Mitte e.V.

Email: brueckenbauerinnen@diakonie-stadtmitte.de

STRATEGIEN IN DER FLÜCHTLINGSKRISE

Vergangenes Jahr erreichten tausende Flüchtlinge täglich die deutsche Grenze - nun kommen immer weniger. Wie meistert man diesen Strukturwandel? Darüber wollen sich Dr. Bernd Schubert, Geschäftsführer der AWO Schleswig-Holstein, und Karl Schulz, Vorstand der Rummelsberger Diakonie, auf der ConSozial mit anderen Gästen austauschen.

Es erinnerte fast an eine Art Goldgräberstimmung, was sich da unter den Wohlfahrtsverbänden ausbreitete - allerdings nicht im negativen Sinn. Tausende neue Asylbewerber kamen täglich über die deutsche Grenze, sie brauchten zunächst vor allem einen Schlafplatz, Essen, das Lebensnotwendige eben. Und die öffentliche Hand machte Druck, um eine Infrastruktur dafür zu schaffen: Sie stellte finanzielle Mittel bereit und beschleunigte Genehmigungsverfahren. In dieser angespannten Lage schuf die Sozialwirtschaft - geradezu hemdsärmelig und teils mit großem Improvisationstalent - die Unterkünfte und Angebote, die so dringend benötigt wurden. So beschreibt Dr. Bernd Schubert, Geschäftsführer der AWO Schleswig-Holstein, die Situation bis vor ein paar Monaten. „Ich war erstaunt, wie reaktionsfähig sich das System Wohlfahrtspflege erwiesen hat“, gibt er zu.

Die hohen Flüchtlingszahlen haben auch bei der Rummelsberger Diakonie strategische Änderungen bewirkt: Bestehende regionale Engagements sind ausgebaut, neue aufgebaut worden. „Zuerst war uns Hilfe für Kinder und Jugendliche wichtig, die alleine ihre Flucht überstehen mussten“, sagt Vorstand Karl Schulz. In diesem Bereich engagieren sich die Rummelsberger schon seit 1986. „Wir haben zum Beispiel Jugendämter auch an Orten, an denen wir bisher nicht tätig waren, unterstützt.“

Um welche Dimensionen es hier ging, zeigen schon die nackten Zahlen: Anfang 2014 ging man davon aus, dass etwa 650 alleinreisende minderjährige Flüchtlinge nach Bayern kommen würden. Tatsächlich kamen 3.800, im folgenden Jahr dann 15.000. Die Rummelsberger reagierten schnell: Bis heute haben sich die Plätze in der stationären Jugendhilfe auf rund 1.300 verdoppelt. „Schnelles Wachstum geht für uns aber immer mit qualitativer Entwicklung einher“, betont Schulz, „ehrlicherweise und sicher verstehbar etwas zeitversetzt“. Auch bei der AWO in Schleswig-Holstein sind die meisten Plätze in den Unterkünften der Kinder- und Jugendhilfe belegt.



Foto: Inge Mayer

Nun kommen aber zusehends weniger Asylsuchende nach Deutschland. Viele Erstaufnahme-Einrichtungen, die zuvor noch aus allen Nähten platzten, stehen teilweise leer. Wie kann die Wohlfahrtspflege damit umgehen? Schubert warnt generell davor, sich vorschnell zu Infrastruktur-Entscheidungen hinreißen zu lassen. Jeder Träger müsse überlegen: Was ist mein Plan B? Was mache ich mit der Immobilie, wenn die erwartete Zielgruppe nicht mehr kommt? Die AWO Schleswig-Holstein habe sich deswegen ganz bewusst aus dem Markt der Erstaufnahme-Zentren herausgehalten.

Der Fokus verschiebt sich: Jetzt sind nicht mehr vorrangig Bettenburgen gefragt, sondern integrationsbegleitende Angebote, dauerhafte Unterbringung, Sprachkurse, Arbeitsvermittlung. Bereiche, in denen zumindest AWO und Rummelsberger Diakonie ohnehin eher zuhause sind. Vorstand Schulz liegt besonders am Herzen, Perspektiven für die Jugendlichen und Familien zu schaffen, die in Deutschland bleiben werden. Das jedenfalls ist eine Aufgabe für die kommenden Jahrzehnte.

FACHVORTRAG IM KONGRESS

26. Oktober 2016 | 16.30 - 17.30 Uhr

„Wenn die Welle rollt - Herausforderungen für das Management am Beispiel Migration“



Karl Schulz

Vorstand Rummelsberger Diakonie e.V.,
Geschäftsführer der Rummelsberger
Dienste für Menschen gGmbH
Email: Schulz.Karl@rummelsberger.net

Dr. Bernd Schubert
Geschäftsführer AWO Landesverband
Schleswig Holstein e.V.
Email: Bernd.Schubert@awo-sh.de



Bayerische Armutskonferenz der Freien Wohlfahrtspflege LAG Bayern: „Klarer politischer Wille zur Armutsbekämpfung ist nötiger denn je!“

„In Bayern wird Armut gern kleingeredet“, kritisierte Margit Berndl, Vorsitzende der Freien Wohlfahrtspflege Bayern, anlässlich der 8. Armutskonferenz, die alle zwei Jahre von der Freien Wohlfahrtspflege Bayern veranstaltet wird. 120 Fachleute aus der Sozialen Arbeit diskutierten gemeinsam mit Betroffenen, Wissenschaftlern und den Landtagsabgeordneten Joachim Unterländer und Doris Rauscher, wie Armut wirkungsvoll bekämpft werden kann.

1,7 Millionen Menschen in Bayern sind von Armut bedroht. Das sind 14,3 Prozent der Bayerischen Bevölkerung. Die Zahl nimmt seit Jahren zu – trotz wirtschaftlich guter Zeiten. Im Vergleich mit den anderen Bundesländern steht Bayern gut da. „Nur weil die Situation woanders schlechter ist, heißt das nicht, dass in Bayern die Welt für alle in Ordnung ist. 1,7 Millionen Menschen – das ist eine enorme Zahl, die die Politik nicht einfach übersehen darf!“, so Berndl. Besonders betroffen sind Familien mit vielen Kindern, Alleinerziehende, Arbeitslose, Ältere und Menschen mit Migrationshintergrund. Diese 1,7 Millionen Menschen haben weniger als 973 Euro pro Monat zur Verfügung. „Bedenkt man, wieviel dafür allein für die Miete ausgegeben werden muss – die vor allen Dingen in den Metropolregionen horrend ist – wird klar, dass es gerade für das Allernötigste zum Leben reicht“, so Berndl. Armut sei mehr als nur Einkommensarmut. Zu Armut gehöre auch das Schamgefühl zum Amt zu gehen, das Gefühl, versagt zu haben und seinen Kindern keine Perspektiven bieten zu können, die Ohnmacht der Bürokratie gegenüber. „Dass das zermürbt und Menschen kaputt machen kann, kann man sich vorstellen. Armut macht krank, einsam und grenzt aus. Und:

Arme Menschen sterben im Durchschnitt zehn Jahre früher.“

Armut ist weiblich

Frauen sind deutlich häufiger als Männer von Armut betroffen. „Die höchsten Armutsrisiken für Frauen sind Scheidung und Alter“, so Berndl. Frauen sind weniger erwerbstätig und werden schlechter bezahlt. Wenn die Löhne für Frauen niedriger sind, so sind es auch alle daran geknüpften Leistungen: Elterngeld, Arbeitslosengeld, die Rente. Deshalb ist das Risiko für sie größer, in Armut abzurutschen. Die höchste Armutsgefährdungsquote in Bayern haben Alleinerziehende mit 42 Prozent. Laut einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung erhalten 50 Prozent der Kinder von Alleinerziehenden keinen Unterhalt, 25 Prozent weniger als ihnen zusteht. „Darin liegt ein wesentlicher Grund, warum Alleinerziehende und ihre Kinder so oft arm sind“, erklärte Helga Jäger, Geschäftsführerin des Bayerischen Verbands alleinerziehender Mütter und Väter. Der so genannte Unterhaltsvorschuss ist zeitlich befristet und endet spätestens mit dem 12. Lebensjahr des Kindes. Obwohl viele Alleinerziehende erwerbstätig sind, reicht das Einkommen nicht aus. „Wir fordern eine Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes und eine Kindergrundsicherung, die alle bisherigen Leistungen für Kinder zusammenfasst“, so Jäger.

„Verfestigung von Armut – von der Politik gewollt?“

Diese Frage beantwortete der Professor für Sozialethik Franz Segbers mit einem klaren „JA“. „Hartz IV

ist eine ökonomisch gewollte und politisch gemachte Unterversorgung armer Menschen. Ganz bewusst wird Armut verschärft“, kritisierte er auf der Konferenz. Arbeitslose werden vom Staat gezwungen, Arbeit anzunehmen, von der sie nicht leben können. Der Niedriglohnsektor wurde von der Politik bewusst ausgebaut. Menschen, die einmal unter diesen Bedingungen arbeiten, haben kaum eine Chance aus der prekären Beschäftigung wieder herauszukommen, so Segbers. Margit Berndl ergänzte, dass zwei Drittel der im Niedriglohnsektor Beschäftigten Frauen sind.

Wie kann Armut wirkungsvoll bekämpft werden?

Darüber wurde in fünf Workshops diskutiert und Forderungen an die Politik formuliert:

- Bedarfsgerechte Kindergrundsicherung für alle Kinder – Jedes Kind muss dem Staat gleich viel wert sein!
- Familien brauchen ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum.
- Familienunterstützende Einrichtungen müssen auskömmlich finanziert werden. Dazu gehört auch die Finanzierung der Koordination und professionellen Begleitung von Ehrenamtlichen.
- Existenzhilfen von Wohlfahrtsverbänden, kirchlichen Einrichtungen oder gesellschaftlichen Initiativen können Armut nur lindern. Der wichtigste Schutz vor Armut und Ausbeutung sind jedoch existenzsichernde Löhne und armutsfeste Sozialleistungen.
- Soziale Rechte dürfen niemals durch zivilgesellschaftliches Engagement ersetzt werden. Es

bleibt die Aufgabe von Staat und Politik, ein menschenwürdiges Existenzminimum für alle zu garantieren.

- Die Verbände werden aufgefordert, neue wirksamere Methoden anzuwenden, um die Forderungen zur Armutsbekämpfung durchzusetzen.
- Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf Teilhabe, das über ein monatliches Taschengeld hinausgeht. Dieses Recht umfasst auch die Beteiligung an der Arbeitswelt und am Bildungswesen.
- Notwendig ist eine Politik gegen Niedriglöhne, damit Menschen von ihrem Einkommen leben können und ihr Risiko der späteren Altersarmut sinkt.
- Wir fordern eine vollständige Befreiung von Zuzahlungen bei Medikamenten für Menschen, die im SGB-II-Bezug sind.
- Wir brauchen flächendeckend ausreichende niedrigschwellige Hilfs- und Beratungsangebote für Senioren in wohnortnahen Sozialbehörden und Senioreneinrichtungen
- Wir fordern dringend einen bedarfsgerechten Ausbau von Migrationsberatungsstellen und Jugendmigrationsdiensten, entsprechende Ausstattung von Fachpersonal und gute Refinanzierung.
- Schwerpunkte der Migrationsberatung sind die Themen Sprache, Bildung, Arbeit und Wohnen. Angebote in diesen Bereichen müssen ausgebaut und angepasst werden.
- Integrationsarbeit erfordert Flexibilität, Zeit und Freiräume.

Das Fazit der Veranstaltung von Prälat Bernhard Piendl, stellv. Vorsitzender der Freien Wohlfahrtspflege: „Der klare politische Wille zur Armutsbekämpfung und echte Schritte, diesen Willen auch umzusetzen, sind nötiger denn je!“



Bayerisches Staatsministerium für
Arbeit und Soziales, Familie und Integration

Kongress: „Senioren- und Sozialgenossenschaften - gelebte Solidarität und Innovation“

Das bayerische Sozialministerium veranstaltet im Rahmen der Messe ConSozial am 26. Oktober 2016 den Kongress „Senioren- und Sozialgenossenschaften – gelebte Solidarität und Innovation“. Der Kongress bietet Vorträge von Expertinnen und Experten aus ganz Deutschland.

Eine zukunftsfähige Gesellschaft braucht innovative Lösungsansätze zur Aufrechterhaltung der sozialen Infrastruktur. Dabei können Senioren- und Sozialgenossenschaften mit ihren individuellen Lösungsansätzen Antworten bieten und stehen für eine aktive Bürgergesellschaft. Im Rahmen des Kongresses werden das Potential von Senioren- und Sozialgenossenschaften sowie

ihre Bedeutung für die heutigen und künftigen gesellschaftlichen Herausforderungen auch anhand praktischer Beispiele aufgezeigt. Die Themen reichen dabei von der Ausgestaltung genossenschaftlich organisierter Netzwerke über die Vorstellung verschiedener Genossenschaftsmodelle bis hin zu neuen Wohnformen in Genossenschaften. In der abschließenden Podiumsrunde diskutieren Fachleute über Chancen aber auch Grenzen organisierter Solidarität.

Termin und Ort:

26. Oktober 2016
Messezentrum Nürnberg, NCC Ost

Zeit:

9.30 Uhr - ca. 17.30 Uhr

Weitere Informationen sowie Anmeldeformular unter:

Sozialgenossenschaften@stmas.bayern.de

TelefonSeelsorge wird 60 Jahre alt

Die von der katholischen und evangelischen Kirche getragene TelefonSeelsorge wird 60 Jahre alt.

1956 in Berlin gegründet, ist daraus heute ein bundesweites Netzwerk mit 105 örtlichen Stellen geworden. Etwa 7.500 Ehrenamtliche, die durch Fachkräfte umfassend ausgebildet und begleitet werden, leisten in den Stellen rund um die Uhr den Dienst am Telefon. Sie führen rund 1.800.000 Seelsorge- und Beratungsgespräche im Jahr mit Menschen in akuten Krisen oder längerfristig schwierigen Lebenssituationen: Ängste, seelische und körperliche Einschränkungen und Beziehungsfragen sind die häufigsten Themen der Gespräche.

Dabei betonte die Vorsitzende der evangelischen Konferenz für TelefonSeelsorge, Ruth Belzner, dass es trotz aller Veränderungen in der täglichen Arbeit vor allem um das Engagement von Ehrenamtlichen gehe: „Das Eigentliche, Wertvolle dieses Angebots ist im Grundsatz seit 60 Jahren so zu beschreiben: Hier stellt ein Mensch ehrenamtlich seine Aufmerksamkeit und seine Erfahrung für die Zeit eines Gesprächs ausschließlich seinem Gegenüber zur Verfügung, denkt und fühlt mit und tut das nicht im eigenen Interesse sondern um des Anderen willen.“

www.telefonseelsorge.de

„MAN DARF DEN WOHNUNGSBAU NICHT NUR DEM MARKT ÜBERLASSEN“



Foto: Inge Mayer

In den Jahren ungehemmter Privatisierung galt der Wiener Immobilienmarkt in neoliberalen Kreisen als rückständig. Heute ist die Stadt ein Vorbild in Sachen sozialer Wohnungsbau. Dr. Kurt Stürzenbecher (SPÖ), Vorsitzender des Ausschusses für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung, weiß, wie es zu diesem Wandel kam.

In letzter Zeit empfängt Dr. Kurt Stürzenbecher oft Gäste aus dem Ausland. Viele von ihnen, auch Vertreter deutscher Kommunen, kommen mit besorgten Mienen - und wollen von dem Wiener Landtagsabgeordneten und Gemeinderat wissen, wie die österreichische Hauptstadt es geschafft hat, den sozialen Wohnungsbau voranzutreiben. Denn in anderen Metropolregionen ist der Immobilienmarkt leergefegt und die Preise explodieren, so dass gerade Geringverdiener kaum eine passende Bleibe finden. „Das Geheimnis ist, dass man die Wohnungsversorgung als öffentliche Aufgabe sieht“, erklärt Stürzenbecher. „Man darf sie nicht nur dem Markt überlassen“.

Dass ausgerechnet Wien eines der größten Wohnungsbauprogramme der Welt umgesetzt hat, ist kein Zufall. Der soziale Wohnungsbau hat dort eine lange Tradition. Sie reicht zurück bis ins „Rote Wien“ der 1920er Jahre, als die Sozialdemokratische Arbeiterpartei mit absoluter Mehrheit regierte. Damals war die Wohnsituation katastrophal. Teilweise lebten 20 Bewohner zusammen in einer 20-Quadratmeter-Wohnung; die einen Schichtarbeiter überließen den anderen tagsüber ihr Bett. Um das zu ändern, stampfte die Regierung bis 1933 rund 65.000 Arbeiter-Domizile aus dem Boden; die Wohlhabenden wurden über eine Luxussteuer an der Finanzierung beteiligt.

Heute besitzt die Gemeinde rund 23 Prozent aller Wohnungen in der Stadt. Zählt man die Gebäude dazu,

die von gewerblichen oder gemeinnützigen Bauträgern errichtet wurden, aber staatlich gefördert sind, leben 60 Prozent der Wiener im sozialen Wohnungsbau - in Deutschland unvorstellbar. Während viele europäische Länder in den 80ern den Markt radikal für die Privatwirtschaft öffneten, ließ sich Wien nicht mitreißen.

Der ehemalige Kanzler Werner Faymann (SPÖ), damals noch Wohnungsbaustadtrat, erlaubte es Unternehmen zwar erstmals, sich um Bau und Vergabe von Gebäuden zu bewerben. Aber die Stadt behielt die Fäden in der Hand.

Das lässt sich Wien eine Menge kosten: Das Budget für Wohnungsförderung lag 2015 bei 582 Millionen Euro. Den Großteil steckt die 1,8-Millionen-Einwohner-Stadt in Neubauten und Sanierungen, nur 103 Millionen fließen für Subjektförderungen (etwa Mietzuschüsse). Die Objektförderung, so Stürzenbecher, wirke nachhaltiger. Und: „Auch die Mittelschicht soll in den Genuss des sozialen Wohnungsbaus kommen“. Daher sind die Hürden für einen Anspruch relativ niedrig: Man darf höchstens 3.172 Euro netto im Monat verdienen (es gelten 14 Monatsgehälter), muss 17 Jahre alt sein und seit mindestens zwei Jahren in Wien leben. Drittstaatsangehörige müssen zudem ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht haben. Und ein „Wohnbedarf“ ist natürlich Voraussetzung.

Auf der ConSozial 2016 wird Dr. Kurt Stürzenbecher seine Erfahrungen in einem „Best Practice“-Vortrag teilen. Er weist aber schon mal darauf hin, dass man das Wiener Modell nicht eins zu eins übertragen könne: Leider habe man in Deutschland schließlich die Sozialwohnungen in großem Stil abverkauft. Der Politiker glaubt zwar, dass die Verantwortlichen zunehmend erkennen, dass das ein Fehler war. Nur: „Jetzt ist es schwierig, es wieder umzudrehen“.

BEST PRACTICE

27. Oktober 2016 | 13.00 - 14.00 Uhr

**„Bezahlbarer Wohnraum
- Handlungsansätze
für die Praxis“**

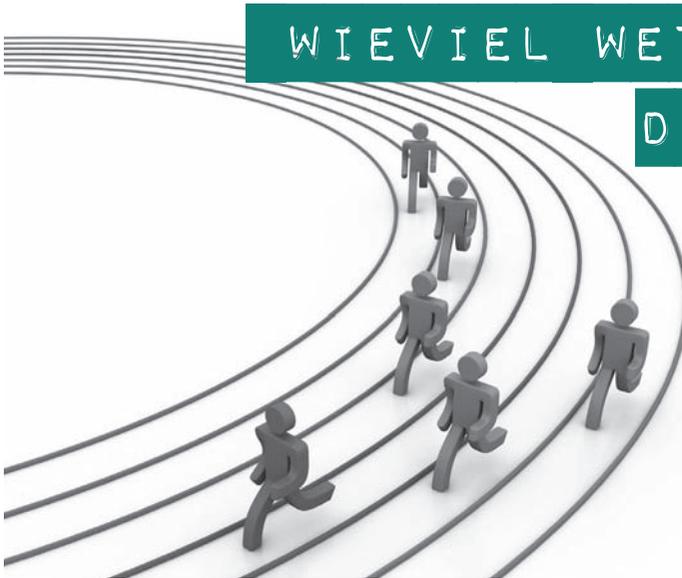


Dr. Kurt Stürzenbecher

Mitglied Wiener Gemeinderat und Landtag

Email: kurt.stuerzenbecher@spoe.at

WIEVIEL WETTBEWERB VERTRÄGT DIE SOZIALBRANCHE?



Die Europäische Kommission setzt auf die Kräfte des Marktes: Mit einer großen Initiative fördert sie soziales Unternehmertum und will so Innovationen befeuern. Allerdings gibt es auch Vorbehalte: Dr. Martha Stocker, Landesrätin der Autonomen Provinz Bozen/Südtirol, sorgt sich zum Beispiel um die Qualitätsstandards.

Wie wichtig die Sozialwirtschaft für Europa ist, wird häufig unterschätzt. Dabei sorgt sie für satte zehn Prozent der Wirtschaftsleistung und beschäftigt mehr als elf Millionen Menschen. Man könnte also sagen, es wurde Zeit, als die Europäische Kommission 2011 ihre „Initiative für ein soziales Unternehmertum“ („Social Business Initiative“) aufsetzte. Damit wollte sie gemeinnützigen Firmen das Leben erleichtern - also jenen, die eher ihre gesellschaftliche Wirkung als die Rendite im Blick haben. Sie sollen zum Beispiel schneller an Fördermittel kommen.

Grund dafür war auch, dass die Wohlfahrtssysteme in Europa sich noch drastisch unterscheiden. In einigen Ländern wie Großbritannien werden die meisten Sozialleistungen direkt vom Staat erbracht. In Deutschland dagegen trägt der Staat die Kosten, Unternehmen erbringen die Leistung. Vor allem aber darf der Kunde sich zwischen den Anbietern entscheiden: So soll ein Wettbewerb um Qualität entstehen.

In einigen Kreisen wird dieses Modell als Vorbild für ganz Europa gehandelt. Allerdings sind da nicht alle einer Meinung. „Wir fahren ganz gut damit, den Markt nicht zu sehr zu liberalisieren“, sagt Dr. Martha Stocker, Landesrätin für Gesundheit, Sport, Arbeit und Soziales der Autonomen Provinz Bozen/Südtirol in Italien. Zwar hat auch ihre Region den Sozialmarkt für private Träger geöffnet. Zurzeit werden in Südtirol allerdings etwa 75 Prozent der Dienste von öffentlichen und 25 Prozent von gemeinnützigen privaten Anbietern erbracht.

„Da müssen wir uns vor Nachbarn wie Deutschland nicht verstecken“, meint Stocker. In der Bundesrepublik machen gemeinnützige Träger den Großteil des Marktes aus. Daneben gibt es aber viele gewinnorientierte Firmen, die etwa Pflegedienste anbieten. In Bozen haben solche Unternehmen es eher schwer - was auch an politischen Vorgaben liegt. Beispiel Seniorenwohnheime: Wenn in einem Gebiet der Versorgungsschlüssel zu 120 Prozent erfüllt ist, werden keine Neubauten mehr öffentlich gefördert.

Dass die EU-Kommission die Sozialwirtschaft fördert, findet Stocker zwar grundsätzlich gut. Für Firmen aus der Branche ist der Binnenmarkt eine Chance: Sie können ihre Dienste in anderen Ländern anbieten oder dort um Fachkräfte werben. Diese Offenheit ist aber mit Vorgaben verbunden, etwa, was Ausschreibungen angeht. Und damit haben Stocker und ihre Landsleute eher leidvolle Erfahrungen gemacht. Für Behinderten-transporte erhielt, nach den vorgeschriebenen Kriterien, etwa ein profitorientierter Anbieter aus Italien den Zuschlag. Nun gibt es immer wieder Probleme, weil die Fahrer in einer mehrsprachigen Region wie Südtirol die Menschen oft nicht verstehen - sie sprechen schlicht eine andere Sprache.

Dieses Jahr hat die Provinz das Vergaberecht wieder geändert, so dass sie Dienste am Menschen in einigen Fällen auch direkt vergeben kann. „Wir können hier in der Region einfach besser einschätzen, was die Menschen brauchen“, ist Stocker überzeugt. Die europäische Offenheit hält sie für eine Errungenschaft - aber gerade im sozialen Bereich müsse es manchmal Grenzen geben.

MANAGEMENT - SYMPOSIUM C

27. Oktober 2016 | 10.30 - 12.30 Uhr

**Der Sozial-Binnenmarkt -
Ist das deutsche Sozial-
system ein interessantes
Modell für Europa?**



Dr. Martha Stocker

Landesrätin für Gesundheit, Sport, Arbeit und Soziales
der Autonomen Provinz Bozen/Südtirol, Italien
Email: martha.stocker@landtag-bz.org

NEUE WERKZEUGE FÜR DIE SOZIALE ARBEIT

Foto: factorIS



Dokumentation ist nötig - aber oft genug auch lästig. Dabei kann moderne Software sie zu einem Werkzeug werden lassen, das die Arbeit mit Jugendlichen oder Familien erleichtert. Und nicht nur das. Jan-Ole Diekmann, Mitgründer des Software-Anbieters factoris, erklärt, wie alle Seiten von der neuen Technik profitieren - bis hin zum Controlling.

Häufig schreibt ein Pädagoge seine Eindrücke auf, wenn der Besuch bei den Jugendlichen oder Familien, die er betreut, schon beendet ist. Die Dokumentation ist eine zusätzliche Aufgabe, die oft belastet und manchmal auch für Überstunden sorgt – das ist in vielen sozialen Berufen so. Aber gerade bei jungen Menschen oder Eltern kann dadurch das vage Gefühl entstehen, ausgeliefert zu sein, keinen Einfluss auf das zu haben, was die Fachkraft über sie vermerkt.

Das junge Unternehmen factoris ist eine der treibenden Kräfte auf dem Markt, die diesen Zustand ändern wollen. „Unsere Software ist nicht nur geeignet für die klassische Verwaltung, sondern kann auch ein elementarer Bestandteil in der direkten Arbeit mit den Klienten sein“, sagt Geschäftsführer Jan-Ole Diekmann. „Sie soll nicht belasten, sondern ein zusätzliches Werkzeug sein“.

Stellen wir uns einen 15-jährigen Schulschwänzer vor, der es nicht schafft, sich zu motivieren. Hier setzt die Dokumentations-Software an: Der Pädagoge hat die Möglichkeit, mit einem Tablet unterwegs per App auf die Dokumentation zuzugreifen. So kann er direkt vor Ort bewerten, was bislang gut gelaufen ist und was nicht – und zwar mit dem Jugendlichen zusammen.

Beide können erklären, wie sie zu ihren Einschätzungen gekommen sind. Und wenn die Fachkraft anderer Meinung ist als der 15-Jährige, kann auch das festgehalten werden. Auf diese Weise entstehe nicht nur ein Dialog, sagt Diekmann, sondern der Jugendliche werde motiviert: Denn wenn er weiß, warum der Pädagoge mit seinem Verhalten unzufrieden ist, kann er auch

fragen, was er tun muss, um das zu ändern. Dieses Fachverfahren haben Diekmann und sein Team in Zusammenarbeit mit verschiedenen Hochschulen entwickelt.

„Seit 15 Jahren sprechen wir in der Sozialen Arbeit darüber, dass Klienten an allen Entscheidungen beteiligt werden sollen, die sie betreffen“, sagt Diekmann, der selbst Sozialpädagoge und Erzieher ist. Aber bisher sei das nicht immer der Fall. Dabei haben Studien längst bewiesen, dass Partizipation die Qualität und Wirksamkeit der Hilfen für Kinder und Jugendliche steigert. Genau dazu soll die Software beitragen. Nicht jeder Kunde nutze allerdings diese Dialog-Funktion, schränkt Diekmann ein. Sie sei schließlich nur eine mögliche Option bei der mobilen Dokumentation. In jedem Fall reiche dem Pädagogen aber ein Blick auf sein Tablet, um zu sehen: Was hat sich seit meinen letzten Besuchen verändert? Und war ich oft genug da?

Das funktioniert zwar auch auf Papier, ist aber mühsamer. Auch das Controlling ist mit der Software einfacher: Die Verwaltung kann zum Beispiel sofort sehen, welcher Mitarbeiter unterwegs wie viele Stunden bestätigt hat – weil alle Daten in Echtzeit synchronisiert werden. Das wird Diekmann im Oktober auch bei zwei sogenannten Software-Slams auf der ConSozial zeigen, bei denen die Zuhörer seine App direkt ausprobieren können. Noch vor ein paar Jahren waren solche technischen Möglichkeiten noch nicht denkbar. „Wir hoffen aber, dass das in der Branche zu einem Standard in der sozialen Arbeit wird“, sagt Diekmann.

SOFTWARESLAM

26. Oktober 2016 | 13.45 - 14.45 Uhr

**„Nutzerfreundlicher
Informationsaustausch
in stationären
Einrichtungen“**



Jan-Ole Diekmann

GSI Gesellschaft für soziale Innovationen mbH und
factorIS GmbH, Lüneburg
Email: jan-ole.diekmann@factoris.de

DIGITALE SPALTUNG IN DER SOZIALWIRTSCHAFT

Die einen stellen ihre komplette IT neu auf, die anderen haben nicht einmal richtige E-Mail-Adressen: Helmut Kreidenweis sieht eine digitale Spaltung in der Sozialwirtschaft. Der IT-Berater und Professor für Sozialinformatik erklärt, warum die Digitalisierung die Branche kräftig durchrüttelt – und wie sie sich dafür rüsten kann.

Eine Blechkiste, die irgendwo in der Abstellkammer steht und mit der sie bitte nicht allzu sehr behelligt werden möchten - es gebe tatsächlich noch Sozialdienstleister, die IT so sehen, sagt Helmut Kreidenweis. Als Extrem-Beispiel nennt er eine mittelgroße Einrichtung der Frühförderung: Dort kommunizieren die rund 100 Mitarbeiter über ihre privaten Mailadressen, weil sie im Job schlicht keine haben. Die nötigen 360 Euro für einen Mail-Server will der Vorstand nicht investieren.

Solche Fälle sind nicht mehr die Regel. Aber eine grundlegende Skepsis gegenüber moderner Informationstechnologie herrscht in vielen Sozialunternehmen. Man arbeite doch mit Menschen, nicht mit Technik, heißt es dann - und das stimmt ja auch. Nur: Ein gutes IT-System kann viel mehr bewirken, als es auf den ersten Blick scheint. Kreidenweis weiß das nur zu gut: Er arbeitete mit Obdachlosen in München Hasenberg und fürs Jugendamt Tübingen in der Familienhilfe. Seit 1998 hat er sein eigenes Unternehmen KI Consult, das IT-Beratung für soziale Organisationen anbietet. Nebenbei hat er zum Beispiel auch die ConSozial mitgegründet. Für viele ist er eine Art Branchen-Guru. Seit einigen Jahren blickt er mit einer Portion Sorge auf die Sozialwirtschaft. „Ich erlebe eine digitale Spaltung“, sagt er. Da gibt es Träger, die ihre IT komplett neu aufstellen, die begriffen haben, dass sie für mehr Überblick sorgen, Prozesse verkürzen und so auch ihre Mitarbeiter entlasten kann. Und dann gibt es diejenigen, die abgehängt werden. Wichtig sei es nun, sich besser auf die Bedürfnisse der Kunden einzustellen, so Kreidenweis. Wer schon einmal versucht habe, online einen Beratungstermin zu vereinbaren, wisse, wovon er spreche. Wie praktisch wäre es zum Beispiel, wenn jeder in einem digitalen Kalender sehen könnte, wo noch Termine offen sind. Dann könnte er sich direkt eintragen - Anrufe oder Mails wären überflüssig. Technologisch, sagt Kreidenweis, wäre so etwas Pipifax. Trotzdem bietet es kaum eine Organisation an.

Wer seinen Kunden nichts dergleichen bietet, für den kann es im schlimmsten Fall existenzbedrohlich



werden: Die Digitalisierung bringt auch neue (und profitorientierte) Anbieter auf den Markt. Sie werden sich zunehmend als Vermittler positionieren - und den Sozialunternehmen den Kundenkontakt aus der Hand nehmen. So, wie es das Portal „Helpling“ schon mit den Reinigungsdiensten macht. „Wer die Daten hat, hat die Macht“, warnt Kreidenweis. Das gelte mit dem neuen Bundesteilhabegesetz umso mehr: Danach soll sich jeder Kunde selbst aussuchen können, welcher Anbieter welche Leistung erbringt.

Google, Facebook und Co. schlafen außerdem nicht. In den vergangenen Jahren haben sie bereits Milliarden in Käufe von Firmen aus der Gesundheitswirtschaft investiert. Aus Sicht von Helmut Kreidenweis ist es nur eine Frage der Zeit, bis die großen Player auch den Markt der Sozialdienstleistungen für sich entdecken.

FACHVORTRAG IM KONGRESS

27. Oktober 2016 | 13.00 - 14.00 Uhr

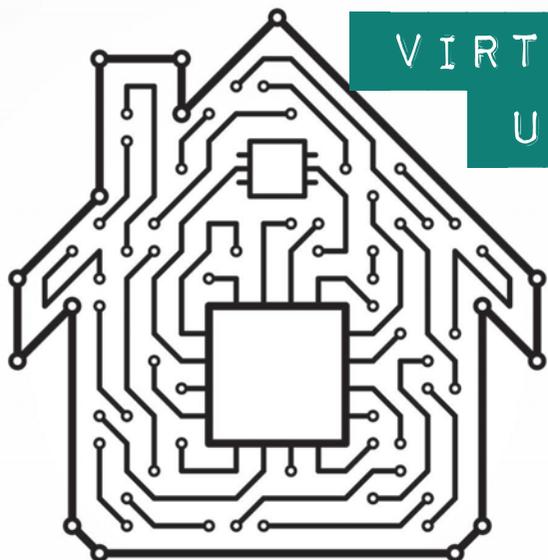
**„Sozial + digital = phänomenal?
- Digitalisierung aktiv gestalten“**

Prof. Helmut Kreidenweis

KI Consult Augsburg
Kath. Universität Eichstätt
Email: hk@ki-consult.de



VIRTUELLE TAGESBEGLEITER UND SCHLAUE WOHNUNGEN



Für viele Menschen mit Behinderungen ist die digitale Welt noch ein Buch mit sieben Siegeln. Dabei können Internet und intelligente Helfer Barrieren abbauen - und so für mehr Teilhabe sorgen. Sonja Friedhof, Projektleiterin bei den v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel, weiß, wie das funktionieren kann.

Das Internet spielt eine paradoxe Doppelrolle. Es kann eine Barriere sein für Menschen, die zum Beispiel blind sind oder nicht lesen können – und gleichzeitig kann es Barrieren abbauen. Denn Teilhabe bedeutet heutzutage eben auch: Teilhabe an der digitalen Welt.

Das PIKSL-Labor in Bielefeld, das im Frühjahr 2015 seine Türen öffnete, ist eines der Angebote, die einen Zugang schaffen. „Im geschützten Rahmen können Menschen mit und ohne Behinderung hier neue Technologien ausprobieren“, sagt Projektleiterin Sonja Friedhof von den v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel. Es gibt PCs mit Sprachsteuerung, aber auch Tablets und Smartphones – und vor allem Mitarbeiter, die unterstützen und Fragen beantworten.

Das fängt bei ganz grundlegenden Dingen an: Wie benutze ich eine Maus? Wie funktioniert das Internet? Wie finde ich Artikel in einfacher Sprache oder Videos mit Untertiteln? PIKSL steht für „Personenzentrierte Interaktion und Kommunikation für ein selbstbestimmtes Leben“. Vorbild ist das 2011 eröffnete Düseldorfer PIKSL-Labor, das inzwischen einige Preise eingeehmt hat.

Aber das, was sich Sonja Friedhof und ihre Kollegen für Menschen mit Unterstützungsbedarf (etwa aufgrund von altersbedingten Einschränkungen) vorstellen, hört im Labor nicht auf. Virtuelle Assistenten sollen eine Art Begleiter sein, der dabei hilft, den Alltag zu strukturieren. Nutzer können so zum Beispiel mündlich Termine in einen Kalender eintragen. Zugleich soll der Assistent ein Medium zwischen Person und Internet sein. Das Potenzial ist groß: Acht bis zehn Millionen Deutsche

leben mit einer oder mehreren Behinderungen. Der Assistent müsse aber immer Bestandteil einer sozialen Dienstleistung sein, betont Friedhof. In Gesprächen mit Betreuern müsse geschaut werden, ob er funktioniere und richtig verwendet werde. „Wir schließen momentan aus, dass das System für sich allein genutzt wird“.

Das klingt wie Zukunftsmusik, und doch ist es nur der Anfang – wie das Projekt „KogniHome - die mitdenkende Wohnung“ der v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel und 13 weiterer Partner zeigt. Die Forschungswohnung in Bielefeld – nichts aus dem Hochglanz-Magazin, sondern ein durchschnittliches 70-Quadratmeter-Domizil – wird 2017 mit Prototypen ausgestattet, etwa einer intelligenten Küche. Dort wird ein Kochassistent durch die Rezepte führen. Via Kamera wird er auch erkennen, ob alle Zutaten auf dem Tisch stehen und darauf hinweisen, wenn etwas fehlt. Nächstes Jahr dürfen Bürger die Prototypen ausprobieren; ungefähr 2024 soll die Wohnung „marktreif“ sein.

All das trägt der Ambulantisierung in der Eingliederungshilfe Rechnung: Immer mehr Menschen mit Einschränkungen wohnen allein; viele haben kaum soziale Kontakte. Der Zugang zur digitalen Gesellschaft soll ihnen auch neue Bekanntschaften ermöglichen. „Das ist eine große Chance“, sagt Expertin Friedhof. Ihre Erfahrung zeigt, dass man Menschen nie unterschätzen sollte – auch und gerade, wenn sie eine Behinderung haben. Ins Bielefelder PIKSL-Labor kommt regelmäßig ein Mann, der kaum sieht und immer wenige Zentimeter vom Bildschirm entfernt sitzt – stundenlang. Trotzdem navigiert er sich gekonnt durchs Netz, ist sogar auf Facebook unterwegs. „Diese Leute schaffen vieles, das man nicht für möglich gehalten hätte“.

BEST PRACTICE

27. Oktober 2016 | 13.00 - 14.00 Uhr

**„Digitale Teilhabe -
Barrieren und Chancen“**



Sonja Friedhof

von Bodelschwingschen Stiftungen Bethel
Email: sonja.friedhof@bethel.de

WIE ELTERN-KIND-ZENTREN SÄCHSISCHE FAMILIEN UNTERSTÜTZEN

In Sachsen werden in einem Modellprojekt 31 Kindertagesstätten in Eltern-Kind-Zentren weiterentwickelt. Projektleiter Günter Refle, Leiter des Felsenweg-Instituts der Karl Kübel Stiftung, erklärt, wie das Müttern und Vätern helfen kann - und damit auch den Kindern.



Ein Vater holt seinen Sohn aus dem Kindergarten ab. Er sieht gestresst aus, hat Sorgenfalten im Gesicht und tiefe Augenringe. Als ihm der Vierjährige in die Arme gelaufen ist, fragt die Erzieherin beiläufig, wie es ihm selbst denn ginge. Da seufzt er und erzählt, dass er sich von seiner Frau scheiden lasse. „Wir streiten uns ständig, das merkt natürlich der Kleine auch, aber irgendwie kriegen wir es nicht anders hin“. Die Erzieherin nickt. Eine solche Szene könnte sich in vielen deutschen Kitas abspielen. Meist würde die Erzieherin sagen, wie leid es ihr tue, dass das bestimmt eine schwierige Situation sei. Und den Vater dann verabschieden. Aber in Sachsen soll es künftig anders laufen.

In einem Modellprojekt entwickeln sich 31 Kitas bis Ende 2017 zu sogenannten Eltern-Kind-Zentren weiter. Das heißt, sie werden auch für die Eltern da sein, sich mit Beratungsstellen vernetzen - und so im besten Fall die Entwicklung der Kinder positiv beeinflussen. 97 Prozent der Drei- bis Sechsjährigen besuchten in Sachsen eine Kita, sagt Projektleiter Günter Refle. „Man kann also sagen: Über die Kita erreichen wir fast alle Eltern“. Entscheidend dabei ist, dass der Kontakt nicht deswegen besteht, weil es ein Problem gibt, wie bei einer Beratungsstelle. Daher ist die Schwelle, Hilfe anzunehmen, niedriger, wenn die Erzieherin sie vermittelt.

Das Team um Günter Refle, Leiter des Felsenweg-Instituts der Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie, unterstützt im Auftrag des sächsischen Kultusministeriums die Träger und das Personal der Kitas bei ihren Transformationsprozessen. Allerdings gibt es kein Konzept, das sie allen Einrichtungen überstülpen könnten. Deshalb fragen sie vorab: Wo liegen die Bedürfnisse der Familien vor Ort? Ablesen können sie das aus statistischen Daten (etwa zum sozialen Status), aber auch aus Gesprächen und Beobachtungen in der Kita. Mütter und Väter aus dem klassischen Bildungsbürgertum hören sich zum Beispiel gerne ein Vortrag über gesunde Ernährung an - eher bildungsferne Milieus erreicht man damit nicht.

Eine der Alternativen sind die Tür-und-Angel-Gespräche, die Refle zurzeit in einer der Modell-Kitas ausbaut. Beim Bringen oder Abholen der Kinder können die Erzieher nachhaken: „Der kleine Niklas liebt ja hier das Gemüse zum Mittagessen - ist das zuhause auch so?“. Oder sie schenken den Eltern mal ein Heftchen mit gesunden Rezepten. So finden sie sanfte Wege, um gesunde Ernährung in der Familie zum Thema zu machen.

Besonders wichtig sind solche Angebote und die Vernetzung innerhalb der Kommune auch, um gezielt Prävention betreiben zu können. Eine alleinerziehende Mutter etwa, die überfordert ist, kann das Zentrum damit ein Stückweit auffangen. All das, sagt Refle, trage auch zu einer frühen, festen Eltern-Kind-Bindung bei. Und die sei eine „soziale Schutzimpfung“ - sie macht den Nachwuchs widerstandsfähiger. Langfristig könnten die neuen Zentren so zur Chancengerechtigkeit in der Gesellschaft beitragen. Dafür brauche es aber die Unterstützung aller Ebenen - von Politik über Verwaltung bis hin zu den Zentren selbst. „Wir müssen aufpassen, dass wir die Kitas als Institutionen nicht überfordern“.

TANDEM VORTRAG

26. Oktober 2016 | 11.30 - 12.30 Uhr

**„Ganzheitliche Bildung
im Sozialraum -
Familienzentren als
kommunalpolitische
Querschnittsaufgabe“**



Günter Refle

Felsenweginstitut, Dresden
Email: g.refle@felsenweginstitut.de

Der Betreuungsverein im multiprofessionellen Netzwerk



Betreuungsvereine sind ein zahlenmäßig kleines, für Sozialwissenschaft und Führungskräfte im Sozialwesen aber sehr interessantes Arbeitsfeld. Sie können als Mikrokosmos der multiprofessionellen Zusammenarbeit sowie der Förderung von anspruchsvoller ehrenamtlicher Arbeit gesehen werden. Hierbei spielen die für Betreute und Betreuerinnen hohe Verbindlichkeit der gesetzlichen Betreuung, sowie die schon im Betreuungsverfahren gesetzlich vorgeschriebene Zusammenarbeit von Gericht, Ärztinnen, Ehrenamtlichen und Profis zum Wohle der Klientinnen eine große Rolle.

Die Aufgabe der Zusammenarbeit ist eindeutig formuliert: Die Betreuerin erledigt diejenigen rechtlichen Angelegenheiten der Betreuten, die diese selbst nicht regeln kann – und sie richtet sich dabei nach Wunsch und Wille der Betreuten. Damit ist kein erzieherischer Auftrag verbunden, der Betreuten soll kein pädagogisches Konzept oder ethisches Ziel vorgegeben werden, welches über die Einhaltung geltender Gesetze hinausginge.

Die solcherart „unpädagogische“ Arbeit im Betreuungsverein erfordert dennoch enorme soziale Kompetenz der Beschäftigten: Sie sind der Knotenpunkt, an dem Betroffene und ihre Anliegen mit Richterinnen und Rechtspflegerinnen des Betreuungsgerichts, behandelnden und begutachtenden Ärztinnen, Banken, Sozialleistungsträgern etc. zusammenkommen und verknüpft werden. Damit kommt den Betreuerinnen die permanente Dolmetscherinnenaufgabe zu, Wunsch und Wille der Betroffenen zu erkunden und bestmöglich an verschiedene Kooperationspartnerinnen mit ganz unterschiedlichen Aufgaben und Hintergründen heranzutragen.

Neben dieser vielfältigen Vernetzung, welche auch Berufsbetreuerinnen leisten müssen, spielt in Betreuungsvereinen die Förderung des Ehrenamts eine besondere Rolle. Das Gesetz schreibt den Vorrang ehrenamtlicher Betreuungen vor - dabei kann es sich ebenso um Angehörige der Betroffenen handeln, wie um ihnen zuvor nicht bekannte Ehrenamtliche, die von Betreuungsvereinen gewonnen werden.

Das entscheidende Kriterium bei der Auswahl der Betreuerin durch das Gericht ist deren Eignung für den Einzelfall. Die für gesetzliche Betreuungen erforder-

lichen Fähigkeiten und Kompetenzen lassen sich als ein Kontinuum von alltäglichen Erledigungen bis hin zu hoch komplexen Aufgaben beschreiben. Am einen Ende dieses Kontinuums kommen Angehörige ohne weitere Schulung gut für die Ausführung der Aufgabe in Frage, am anderen Ende sind spezialisierte Profis als Berufs- /oder Vereinsbetreuerinnen erforderlich.

Betreuungsvereine sind außerdem in hohem Maße bei den zwischen diesen Extremen liegenden Fällen gefragt: Sie unterstützen Ehrenamtliche durch Informationsveranstaltungen und individuelle Beratung, sie gewinnen Ehrenamtliche mit überdurchschnittlichen Fähigkeiten (z.B. ehemalige Behörden- oder Bankmitarbeiterinnen) - und sie bieten bei Bedarf auch die sogenannte Tandembetreuung an, bei der Ehrenamtliche und Profi eine Betreuung für ein Jahr gemeinsam steuern und dabei herausfinden, ob hier auf Dauer Ehrenamtlichkeit möglich wird oder professionelle Arbeit erforderlich ist.

Der Leserlichkeit halber wurde auf männliche Bezeichnungen verzichtet, obwohl das dem Anspruch der Autorin, beide Geschlechter anzusprechen, nicht Genüge tut.

BEST PRACTICE

27. Oktober 2016 | 15.30 - 16.30 Uhr

„Der Betreuungsverein im multiprofessionellen Netzwerk“

Dr. Katharina Iseler

Betreuungsverein der Stadtmission Nürnberg e.V.
Beratungszentrum Christine-Kreller-Haus

Email: katharina.iseler@stadtmission-nuernberg.de



Axel Bauer

Vormundschafts-/Betreuungs- und Familienrichter am Amtsgericht Frankfurt/Main

Email: Axel.Bauer@AG-Frankfurt.Justiz.Hessen.de

Asylsozialberatung: Keine Zerschlagung dringend erforderlicher Strukturen

Arbeiterwohlfahrt. Es gibt Bereiche, in denen temporäres Engagement nicht ausreicht; nicht umsonst ist beispielsweise die Rede von lebenslangem Lernen. Auch für den Komplex Migration/Integration genügen punktuelle Bemühungen nicht. Deshalb ist es kurzsichtig, dass die Bayerische Staatsregierung angekündigt hat, den Ausbau der Asylsozialberatung zu drosseln und im kommenden Jahr die Mittel für diesen Bereich empfindlich zu kürzen.

Die Wohlfahrtsverbände haben bereits jetzt ablehnende Bescheide für Wiederbesetzungen von genehmigten, förderfähigen Stellen erhalten. Dabei liegt der durchschnittliche Betreuungsschlüssel in den staatlichen Gemeinschaftsunterkünften und dezentralen Unterkünften mit 1:189 deutlich unter dem von 1:150, für den sich der Bayerische Landtag im Jahr 2014 ausgesprochen hat.

Auch das Vorhaben, künftig Asylbewerber wieder in größeren Einrichtungen statt in kleineren Einheiten unterzubringen, ist ein ungutes, weil es zu einer unpersönlichen Atmosphäre oder gar Spannungen unter den Bewohnern führen könnte.

Genauso wenig ist nachzuvollziehen, dass sogenannte Fehlbeleger - anerkannte Flüchtlinge -, die auf dem Wohnungsmarkt keine Bleibe finden und deshalb in den Gemeinschaftsunterkünften weiter leben müssen, nach der neuen Asylsozialberatungsrichtlinie nicht von den Asylsozialberatern vor Ort betreut werden dürfen. Stattdessen sollen sie an die völlig überlaufenen JMD und MBE verwiesen werden. In den Flüchtlingsunterkünften aber entsteht nach dem Willen des Sozi-

alministeriums eine Zwei-Klassen-Gesellschaft bestehend aus den zu Beratenden und den nicht zu Beratenden. Das ist praxisfern.

Weitere - und zwar gleich mehrere - Gründe sprechen gegen diese insgesamt rückwärtsgewandte Vorgehensweise, die sich auf den Integrationsprozess mindestens als retardierend auswirken würde, wenn sie so weiterhin umgesetzt werden müsste. Die personelle, finanzielle und räumliche Ausstattung der Asylsozialberatung hat unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeit der Migrationsfachdienste wie die MBE und JMD, die die Integration zugewanderter Menschen maßgeblich unterstützen.



Zwar rechtfertigt die Seehofer-Regierung ihre Entscheidungen damit, dass die Zahl der Asylbewerber bereits zurückgegangen ist und dass sie im Jahr 2017 voraussichtlich weiter zurückgehen soll. Niemand kann dies jedoch garantieren angesichts der vielen politischen Konflikte und wirtschaftlichen Krisen weltweit. Es ist also ratsam, die vorhandene Infrastruktur aufrechtzuerhalten, nachdem sie mit großem Engagement der Wohlfahrtsverbände und vieler Ehrenamtlicher aufgebaut worden ist. Und damit es bei einer neuen Flüchtlingsbewegung nicht erneut zu den teilweise chaotischen Zuständen kommt, die im Herbst 2014 herrschten, als die Staatsregierung völlig überfordert, weil unvorbereitet, auf die hohe

Zahl der geflüchteten Menschen reagiert hat.

Längst ist ein Großteil von ihnen anerkannt und längst hätte die Staatsregierung die Migrationsfachdienste finanziell besser ausstatten müssen, damit notwendige zusätzliche Stellen geschaffen werden können. Es wäre zum einen sinnvoll, wenn sich das Land auf Bundesebene stärker dafür einsetzen würde, dass die MBE und JMD ausgebaut werden. Insbesondere die Entscheidung des Bunds, die Haushaltsmittel für die JMD 2017 zu kürzen ist nicht nachvollziehbar. Immerhin sind diese Anlaufstellen für die 12- bis 27-Jährigen zuständig; viele Flüchtlinge gehören diesen Altersgruppen an.

Zum anderen wäre es geboten, dass der bayerische Staat die Landesmittel für MBE-Stellen aufstockt und für den dringend erforderlichen Ausbau der JMD ein eigenes Notfallprogramm des Landes aufstellt; bislang liegt die Finanzierung der JMD ausschließlich beim Bund.

Und es wäre sehr wichtig, dass „Fehlbeleger“ von Asylsozialberatern betreut werden, so lange die MBE personell nicht angemessen ausgestattet sind. Einige Migrationssozialberater der Arbeiterwohlfahrt in Bayern stellen mit Besorgnis fest, dass ob des großen Andrangs anerkannter Flüchtlinge andere Migranten - beispielsweise aus EU-Ländern - den Gang zur MBE meiden. Eine Verlagerung mit Verdrängungseffekten des einen Dienstes in den anderen ist zu vermeiden, ein Zusammenwirken zu gewährleisten.

*Prof. Dr. Thomas Beyer
Landesvorsitzender
der Arbeiterwohlfahrt in Bayern*

Sprech 2.0 - Sozialpolitik in 140 Zeichen.



Diakonie. Auf den ersten Blick sehen die Zahlen gar nicht so toll aus: 6.498 Menschen folgten der Caritas Deutschland am 20. Juli 2016 bei twitter. Immerhin: 500 mehr als noch im April, aber deutlich weniger, als ein Artikel in der Süddeutschen Zeitung erreicht. Angesichts dieser - rein numerischen- Reichweite mag man sich fragen: twitter - lohnt sich das überhaupt? Und ist es überhaupt möglich, die sozialpolitische Komplexität der bayerischen Verbändelandschaft adäquat zu kommunizieren? Schließlich stehen nur 140 Zeichen zur Verfügung. Also was solls? Zumal die Zahlen anderer sozialer Medien twitter oftmals weit hinter sich lassen. Die Fan-Zahl der Caritas Deutschland bei facebook ist mehr als dreimal so hoch.

Doch die aufmerksame Wahrnehmung der täglichen Nachrichten lassen einen anderen Schluss zu: Immer häufiger werden aktuelle politische Entwicklungen zuerst über den Kurznachrichtendienst kommuniziert - sei es die letzte Verfehlung einer Kandidatengattin im US-Wahlkampf - oder kommentiert, auch wenn dies nicht immer

Daniel Wagner

Journalist und Theologe,
ist Pressesprecher und Medienreferent
des Diakonischen Werkes.

zur Ehre der prominenten Absender gereicht, wie die Tweets rund um die Ereignisse in Würzburg im Juli zeigten.

Die Resonanz von tweets in den klassischen Medien lässt vor allen Dingen einen Schluss zu: Neben Prominenten sind es insbesondere Politikerinnen und Politiker sowie Medienschaffende, die diesen Kanal nutzen, um zu informieren und - sich zu informieren. Ein Eindruck, die entsprechende Untersuchungen, etwa über die Twitter-Nutzung bayerischer Landtagsabgeordneter, längst bestätigt haben.

Für die Kommunikation sozialpolitischer Topics stellt sich damit die Frage, wie dieser Kanal in die Regelkommunikation eingebunden werden kann. Dient er einzig als referentieller „Stream“, der Informationen, die an anderer Stelle, etwa als

Diakonie Bayern

Pressemeldung oder Stellungnahme abgelegt werden, verstärkt und ihnen einen Schub verleiht? Ist twitter ein Dienst, mit dem Themen angetriggert werden, die in den sonstigen Formaten keinen Platz haben? Soll auf twitter ein öffentlicher Diskurs über bestimmte Topics geführt werden? Oder wird versucht, twitter im Sinne des Agenda-Setting als Quelle für eigene Themen zu nutzen?

Einfach ist das alles freilich nicht: Wer einmal eine Pressemeldung via Twitter kommunizieren wollte, kennt das: Spätestens nach dem

Unter dem Titel „Sag’s mit 140 Zeichen: Erfolgreich texten für Twitter, Facebook und Co.“ bietet er auf der Consozial 2016 einen Best-Practice-Vortrag zum Thema an.

zweiten Satz ist Schluss. Wie soll es dann weitergehen? Hier helfen beispielsweise „Link-Shortener“, kleine Programme, die eine lange URL auf eine kleine, kryptische Zeichenfolge reduzieren. Die Möglichkeit, Bilder und Videos einzubinden, eröffnet ganz neue Formen der Kommunikation - von den mittlerweile so beliebten animierten GIFs und Memes einmal ganz abgesehen. Die Erfahrungen der Diakonie Bayern - und hier sind die Zahlen längst nicht so beeindruckend wie jene von Caritas Deutschland jedoch belegen: Es lohnt sich. Mittlerweile werden nahezu alle Themen der Diakonie Bayern auch auf twitter gespielt - mit den gewünschten Effekten: Deutliche Wahrnehmung bei Politik und Medien und auch entsprechende Reaktionen. Egal, ob es um die Asylpolitik oder um freiheitsentziehende Maßnahmen in der Behindertenhilfe ging.

Inklusionsprojekt des Roten Kreuzes - Best Practice aus dem Roten Kreuz auf der ConSozial 2016

Bayrisches Rotes Kreuz. Auch für die ConSozial 2016 hat sich die Programmkommission dafür entschieden, dass das Rote Kreuz wieder ein innovatives Projekt präsentieren kann. Aufgrund der Rotkreuz-Grundsätze sieht es das Rote Kreuz als seinen Auftrag an, die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu fördern. Ziel des Roten Kreuzes ist es daher, neben seinen Angeboten z. B. in der offenen Behindertenarbeit, auch innovative Projekte mit und für Menschen mit Behinderungen zu initiieren.

Das Jugendrotkreuz stellte sich daher dem Thema „Inklusive Projekte anstiften - Barrieren abbauen“. Dabei galt es ein auf Augenhöhe konzipiertes Projekt mit unterschiedlichen personellen und strukturellen Voraussetzungen in Zusammenarbeit mit Menschen mit körperlicher, seelischer oder geistiger Behinderung zu entwickeln.

Es entstand dabei das Projekt „Die Buntstifter“ - ein inklusives Kooperationsprojekt des Jugendrotkreuzes. Das Projekt „Die Buntstifter“ begann im Oktober 2013 und wird bis September 2016 durchge-

führt. Es wird aus Mitteln der Aktion Mensch gefördert. Zielgruppe sind alle Jugendlichen zwischen 12 und 27 Jahren in und außerhalb der drei kooperierenden Jugendverbände Deutsches Jugendrotkreuz, Deutsche Gehörlosen-Jugend und Young Voice TGD (Türkische Gemeinde in Deutschland). Das „Die Buntstifter“-Motto lautet „einzigartig gemeinsam stark“. Das Motto weist darauf hin, dass jeder Jugendliche einzigartig ist. Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, in der jeder und jede Jugendliche das uneingeschränkte Recht haben, an allen Bereichen des Lebens gleichberechtigt teilzuhaben.



führt. Es wird aus Mitteln der Aktion Mensch gefördert. Zielgruppe sind alle Jugendlichen zwischen

Anzeige -

Partner der Arbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Bayern



- Versicherungslösungen, Risikominimierung und Schadenbetreuung
- Gestaltung von Altersvorsorgelösungen
- Versicherungsstelle für Menschen mit Behinderung und chronisch Kranke
www.versicherungsstelle-ccb.de



Ecclesia / Union
Versicherungsdienst GmbH
Niederlassung München
Werner-Eckert-Straße 11
81829 München
Tel: 089/741154-0 - Fax: 089/741154-910

ConSozial

Als Referenten werden auf der ConSozial in Nürnberg am Mittwoch, 26. Oktober 2016 von 16.30 bis 17.30 Uhr über das erfolgreiche Projekt unter dem Titel „Inklusive Projekte anstiften - Barrieren abbauen“ Jörg Duda, Geschäftsführer des Bayerischen Jugendrotkreuzes, München, und Stefan Fischer, Beauftragter des Jugendrotkreuzes des BRK-Bezirksverbandes Unterfranken, zuständig für den Bildungsbereich, berichten.

Das Rote Kreuz ist auch wieder mit einem Messestand auf der ConSozial vertreten:

Den Stand des BRK-Bezirksverbandes Ober- und Mittelfranken finden Sie in

Halle 3 A/ Stand 3A -210.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Wolfgang Obermair
Stv. Landesgeschäftsführer des
Bayerischen Roten Kreuzes
Email: obermair@lgst.brk.de

So „macht“ man Inklusion:

Luise-Kiesselbach-Stiftung zeichnet zwei Projekte des Paritätischen in Bayern mit Preis für Inklusion 2016 aus

Der Paritätische. „Alle sollen dabei sein. Alle gehören dazu.“ - das heißt Inklusion in Leichter Sprache. Doch was so einfach klingt, ist in der Praxis manchmal gar nicht so leicht umzusetzen.

„Wie „macht“ man Inklusion? Wie überzeugt man Menschen und Institutionen von der Idee der Inklusion? Und wie kann man sie dabei unterstützen? Diese Fragen haben wir uns bei der Ausschreibung des Preises gestellt“, sagt Margit Berndt, Vorstand der Luise-Kiesselbach-Stiftung. „Wir freuen uns über die ausgezeichneten Projekte und hoffen, dass sich viele von den Ideen der Preisträger anstiften lassen.“

Inklusiver Tiergarten Nürnberg

Der Paritätische in Mittelfranken wird für sein Projekt „Inklusiver Tiergarten Nürnberg“ ausgezeichnet. Im Tiergarten wurden Barrieren für Menschen mit Behinderungen aufgedeckt, analysiert und Lösungen entwickelt, wie die Barrieren besei-

tigt werden können. Menschen mit Beeinträchtigungen waren als „Experten in eigener Sache“ immer mit dabei. Viele Vorschläge wurden im Tiergarten bereits umgesetzt, andere werden derzeit geplant.

2016 hat der Paritätische in Mittelfranken ein Folgeprojekt gestartet, mit dem Handwerk, Handel und Dienstleister in Nürnberg „Fit für

Inklusion“ gemacht werden. „DIE eine Checkliste, wie Betriebe, Handel und Handwerk ihr Angebot und ihre Dienstleistungen für alle Menschen zugänglich machen, gibt es nicht. Deshalb sind Menschen mit Behinderung auch in diesem Projekt von Anfang an mit dabei“, sagt Christiane Paulus, Geschäftsführerin des Paritätischen in Mittelfranken.



Luise-Kiesselbach-Stiftung

... für richtungsweisende soziale Arbeit in Bayern

Der Preis für Inklusion wird 2016 zum zweiten Mal vergeben. Für den mit 5.000 Euro dotierten Preis konnten sich Mitgliedsorganisationen und eigene Projekte des Paritätischen in Bayern bewerben.

Die Luise-Kiesselbach-Stiftung wurde 2010 vom Paritätischen in Bayern gegründet. Die Arbeit der Stiftung steht unter dem Motto der bayerischen Frauen- und Sozialpolitikerin Luise Kiesselbach: „Pionierarbeit leisten, der Arbeit Niveau geben, auch dem Ärmsten kein Menschenrecht versagen!“



Foto: Luise-Kiesselbach-Stiftung

Schauspieler Michael Fitz (links), Schirmherr des Preises für Inklusion 2016 im Tiergarten Nürnberg.

Inklusive Führungen im Kunstmuseum Bayreuth

Für seine Kooperation mit dem Kunstmuseum Bayreuth erhält der Paritätische in Oberfranken den Preis. Das Museum und der Sozialdienst für Hörgeschädigte des Paritätischen haben die Führungen für Sehende und Nichtsehende analysiert und für hörgeschädigte, gehörlose, taubblinde und hörschbehinderte Menschen angepasst. „Kunst und Kultur sind wichtig für ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben. Jetzt gibt es für hörgeschädigte, gehörlose, taubblinde und hörschbehinderte Menschen eine mobile Induktionsanlage, passende Lichtverhältnisse, weniger Störgeräusche, deutsche Gebärdensprache, Taubblindenassistenten oder Taubblindendolmetscher und kleine Gruppengrößen im Museum“, freut sich Gudrun Gärtner vom Sozialdienst für Hörgeschädigte.

Einladung zum Fachtag:

Engagement am Start - Integration junger Flüchtlinge durch Kinder- und Jugendhilfe und bürgerschaftliches Engagement

Wir laden Sie herzlich ein zum Fachtag des Paritätischen in Bayern zum dringenden Thema Integration junger geflüchteter Menschen - auch durch Mithilfe von engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Wie sich Bürgerschaftliches Engagement einbetten kann in die Jugendhilfestrukturen, wie Haupt- und Ehrenamt voneinander profitieren und sich wunderbar ergänzen können, soll von Akteuren aus der Praxis - pädagogisches Fachpersonal für Jugendhilfe und für Bürgerschaftlich Engagierte

und kommunalen Vertretungen - ausgelotet werden.

**Freitag, 21. Oktober 2016
10.00 - 16.30 Uhr**

Veranstaltungsort:

mit freundlicher Unterstützung der Versicherungskammer Stiftung in den Räumlichkeiten Versicherungskammer Bayern, Maximilianstraße 53, 80530 München

Vormerkung und Kontakt über den Paritätischen in Bayern:

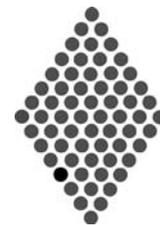
monika.nitsche@paritaet-bayern.de

Save the date

Fachtag der LAG Ö/F in Kooperation mit den Koordinationsstellen Wohnungslosenhilfe Nord- und Südbayern

Zwischen Flüchtlingsunterkunft und kommunaler Unterbringung Integrationsperspektiven - Herausforderungen für öffentliche und freie Träger

**17. November 2016, 10.30 - 15.30 Uhr
Katholische Akademie Bayern, München**



Koordination
Wohnungslosenhilfe
Nord- und Südbayern



Landesarbeitsgemeinschaft
der öffentlichen und freien
Wohlfahrtspflege in Bayern

Immer mehr anerkannte Flüchtlinge suchen dank beschleunigter Asylverfahren nach einer Wohnung. Viele werden vermutlich keine finden. Die Einrichtungen und Dienste der freiverbandlichen und kommunalen Wohnungslosen-/Obdachlosenhilfe spüren die steigende Nachfrage schon länger. Wie müssen die Rahmenbedingungen gegebenenfalls angepasst werden? Wie können Kooperationen aufgebaut werden? Welche innovativen Hilfeansätze gibt es bereits?

Das Ziel der Fachtagung ist, über diesen Prozess zu informieren, zu sensibilisieren und neue Wege aufzuzeigen.

Die Tagung wendet sich an Mitarbeitende der kommunalen und freiverbandlichen Wohnungslosenhilfe, an interessierte Fachkräfte aus angrenzenden Arbeitsbereichen, insbesondere aus den Bereichen Asyl und Migration, sowie bürgerlich Engagierte im Bereich der Wohnungslosen-/Obdachlosenhilfe.



„Sauber drauf!“: 20 Jahre Suchtprävention in der Partyszene durch das Projekt Mindzone

Auf überwiegend nächtlichen Aktionen in der Partyszene erreicht MINDZONE mit rund 90 Präventionseinsätzen bayernweit ca. 100.000 Jugendliche im Jahr.

Unter dem Motto „sauber drauf!“ agiert das Projekt bayernweit seit 1996 direkt in der Partyszene und bietet am mobilen Infostand Informationen zu Partydrogen und Suchtrisiken an. Das niedrigschwellige, aufsuchende Konzept geht auf: Dies bestätigen die zahlreichen Gesprächskontakte am Infostand. Das Themenspektrum ist dabei sehr vielseitig und reicht von aktuellen Substanzwarnungen, über Hilfe im Drogennotfall, bis hin zur Gehörprävention. MINDZONE will Partygänger für Drogenrisiken sensibilisieren und eine konsumkritische Haltung fördern.

Der direkte Einbezug von jungen Partygängern in die Projektarbeit ist seit jeher ein wesentlicher Bestandteil des Konzepts.

Die Peers sind das eigentliche Herzstück des Projekts. Auf den MINDZONE-Aktionen suchen speziell geschulte junge Erwachsene den Kontakt mit den Partygängern. Die Gespräche am Infostand finden unter Gleichaltrigen auf Augenhöhe statt. Dadurch erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass MINDZONE in der Partyszene eher akzeptiert, somit die Präventionsbotschaften glaubwürdiger vermittelt und eher angenommen werden. Momentan engagieren sich bayernweit über 80 Peers ehrenamtlich im Projekt.

MINDZONE konnte durch die langjährige Präventionsarbeit in der Partyszene frühzeitig neue Drogentrends beobachten und schnell darauf reagieren. Um dem Informationsbedarf der Partygänger gerecht zu werden, wurde das Angebotspektrum kontinuierlich erweitert und auf neue Schwerpunktthemen gesetzt, wie z.B. Risiken des Dro-

genmischkonsums, Crystal Meth. In diesem Zusammenhang entstand eine große Bandbreite an jugendgerechten Info-Materialien.

Aktuell befasst sich MINDZONE mit den sog. „Legal Highs“, die unter dem Sammelbegriff „Neue psychoaktive Substanzen“ (NPS) fallen und zunehmend auch in der Partyszene konsumiert werden.

Mittlerweile ist MINDZONE neben München mit sechs weiteren Standorten in Traunstein, Rosenheim, Würzburg, Hof, Neu-Ulm und Regensburg vertreten.

Auch im medialen Bereich bemüht sich MINDZONE um zielgruppen-gerechte Informationsvermittlung und nutzt seit Jahren moderne, jugendaffine Kommunikationsmedien. So ist MINDZONE in verschiedenen sozialen Online-Netzwerken, wie z.B. Facebook und Twitter, präsent und steht hier im permanenten Austausch mit der jugendlichen Zielgruppe. Die MINDZONE-Homepage www.mindzone.info erfreut sich mit durchschnittlich 2000 Zu-

griffen pro Tag großer Beliebtheit. Darüber hinaus wird unter www.beratung.mindzone.info eine anonyme, vertrauliche Online-Beratung angeboten, die für ratsuchende Jugendliche oftmals eine erste, wichtige Anlaufstelle darstellt.

Smartphones v.a. sind für die junge Generation zu einem unverzichtbaren Begleiter geworden - auch MINDZONE lässt digitale Apps in die Projektarbeit einfließen und entwickelt derzeit eine interaktive „MINDZONE-App“. MINDZONE ist ein Projekt im Landes-Caritasverband Bayern und wird über das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege finanziert.

Anlässlich des 20-jährigen Jubiläums veranstaltet MINDZONE am 29. September 2016 in München eine Fachtagung unter dem Titel „Abenteuer Partyleben“: Partydrogen - neue Aspekte und Entwicklungen. Das Tagungs-Programm ist einsehbar unter:

www.fachtagung2016.mindzone.info

sauber drauf?

20 Jahre

Abenteuer

Partyleben

**Partydrogen:
Neue Aspekte und Entwicklungen**

Fachtagung am 29.09.2016 in München

Katholische Akademie in Bayern
Mandlstraße 23, 80802 München



Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs

Keine Defizitverträge für Kindertageseinrichtungen

Bayerischer Städtetag. Städte und Gemeinden, die gemäß der Empfehlung des Bayerischen Städtetags nicht bereit waren, Defizitverträge mit kirchlichen oder freigemeinnützigen Trägern von Kindertageseinrichtungen zu schließen, können dank einer neuen Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs aufatmen: die Weigerung Defizitverträge abzuschließen, wurde höchstrichterlich nicht beanstandet.

Die Beschwerdeführerin, eine katholische Stiftung, betreibt in der Stadt Weißenburg einen als bedarfsnotwendig anerkannten Kindergarten. In der Vergangenheit hatte die Diözese freiwillige Zuschüsse zu den Personalkosten geleistet, da die ausgereichten Fördergelder und die von den Eltern aufgebrachtene Beiträge nicht kostendeckend waren. Nachdem diese Zuschüsse ab dem Jahr 2010 eingestellt wurden, beantragte die Stiftung bei der Stadt die Übernahme des Defizits für das Jahr 2010. Die Stiftung erhob Klage, da die Stadt Weißenburg, anders als eine Reihe anderer Gemeinden im Freistaat, nicht bereit war, einen Defizitvertrag mit der Beschwerdeführerin abzuschließen, und auch die Übernahme des Defizits für das Jahr 2010 ablehnte.

Die Verfassungsbeschwerde gegen die ablehnende Entscheidung

des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs blieb erfolglos. Der Verfassungsgerichtshof sieht keinen Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz. In der Übernahme des Betriebskostendefizits von eigenen, städtischen Einrichtungen liegt keine Ungleichbehandlung gegenüber anderen Trägern von Kindertageseinrichtungen vor. Soweit die Stadt Weißenburg bei städtischen Kindergärten das nach der gesetzlichen Förderung und den Gebühren der Eltern verbleibende Betriebskostendefizit selbst deckt, nicht jedoch das Defizit für die Kindertageseinrichtung in kirchlicher Trägerschaft übernimmt, sind die Verhältnisse nicht vergleichbar. Die Verpflichtung zur Deckung des Defizits folgt allein aus der Trägerschaft der Einrichtung, nicht aus der Förderungspflicht nach dem Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) und trifft alle Einrichtungsträger in gleicher Weise. Zudem stellt die Übernahme des Defizits bei städtischen Kindertageseinrichtungen keine Leistung an einen Dritten dar.

Ebenso wenig verstoßen die Regelungen zur Betriebskostenförderung gemäß BayKiBiG gegen den Gleichheitssatz. Der Verfassungsgerichtshof kommt zu dem Ergebnis, dass die Betriebskostenförderung kommunale Träger stärker als frei-

gemeinnützige und sonstige Träger belastet. Grundsätzlich tragen zur Finanzierung der Kindertageseinrichtungen der Freistaat, die Gemeinden und die Eltern bei. Neben die staatliche Investitionsförderung tritt die von Staat und Gemeinden aufzubringende Betriebskostenförderung. Sie wird nach pauschalierten Sätzen geleistet und beinhaltet keine Vollkostenfinanzierung. Verbleibende Betriebskostendefizite haben die Träger der Kindertageseinrichtungen zu tragen.

Freigemeinnützige und sonstige Träger müssen abgesehen von der Übernahme des Restdefizits keine eigenen Mittel zum Betrieb ihrer Kindertageseinrichtungen einsetzen. Kommunale Träger werden dagegen bei Kindern aus ihrer Gemeinde nur durch die staatliche Betriebskostenförderung und die von den Eltern gezahlten Benutzungsgebühren, nicht aber durch weitere Leistungen Dritter entlastet. Denn Gemeinden, die Träger von Kindertageseinrichtungen sind, haben für Kinder, die ihre kommunale Einrichtung besuchen und ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Zuständigkeitsbereich der Trägergemeinde haben, den Eigenanteil in Höhe der staatlichen Förderung selbst aufzubringen, weil ihnen ohne Leistung des Eigenanteils kein Anspruch auf die staatliche Förderung zusteht.

- Anzeige -



Sicher versorgt. Die beste Empfehlung. Funk.

Versicherungsmanagement für Einrichtungen der Wohlfahrtspflege,
Hilfsorganisationen und öffentlich-rechtliche Einrichtungen in Bayern

Mehr zum Thema: funk-gruppe.com/humanitas

INTERNATIONALER VERSICHERUNGSMAKLER UND RISK CONSULTANT



Kontakt
Thomas Ollech
Rüdiger Bexte
fon +49 89 54 46 81 30

Inklusion in der digitalen Welt: Bezirk Unterfranken fragt nach



Bezirkstag. Alle reden über die Inklusion. Aber der Bezirk Unterfranken will seinen Auftritt bei der diesjährigen ConSozial (26. bis 27. Oktober) nicht dazu nutzen, um über die von der Inklusion Betroffenen zu reden, sondern mit ihnen. Mehrere Menschen mit Behinderung werden im Rahmen des etwa neunzigminütigen Fachforums des Bezirkstags auf der Nürnberger „Messe für den Sozialmarkt“ von ihren Erfahrungen und ihren Eindrücken in den Bereichen Arbeit, Freizeit und Privates berichten. Hinter dieser Gesprächsrunde verbirgt sich nicht zuletzt die Überlegung, ob die Digitalisierung unserer Welt und die damit verbundene rasante technische Entwicklung den Weg in eine inklusive Gesellschaft vorantreiben?

Die Nagelprobe für die Verwirklichung dieses gesellschaftlichen Anliegens werden mehrere junge Männer und Frauen liefern, die dank des Projekts „Inklusiv! Gemeinsam arbeiten“ eine sozialraumorientierte Arbeitsstelle gefunden haben, die in der Band „Mosaik“ gemeinsam Musik machen oder die mit dem Würzburger Projekt Herzenssache zum Beispiel einen Partner oder eine Partnerin zum Kuseln und Schmusen suchen – oder einfach nur ein paar nette Freunde für einen Stadtbummel, einen schönen Disco-Abend oder eine Urlaubsfahrt.

Die Botschaft ist eindeutig: Gemeinsam macht alles im Leben mehr Spaß. Diese Erkenntnis ist es auch, die den unterfränkischen Bezirkstagspräsidenten Erwin Dotzel, die Koordinatorin für Sozialplanung und Inklusion beim Bezirk Unterfranken, Anne-Katrin Jentsch, den technischen Leiter der Mainfränkischen Werkstätten und der Band Mo-

saik, Peter Estenfelder, die Leiterin des Projekts „Inklusiv! Gemeinsam arbeiten“, Madeleine Leube, sowie Evi Gerhard und Christel Baatz-Kolbe vom Projekt „Herzenssache“ zu dieser Talkrunde auf der Nürnberger ConSozial bewogen hat.

Inklusion bedeutet, jedem Menschen die Möglichkeit zu eröffnen, sich vollständig und gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen Prozessen zu beteiligen – und zwar von Anfang an und unabhängig von individuellen Fähigkeiten, von ethnischer oder sozialer Herkunft und unabhängig von Geschlecht oder Alter. Inklusion

deutlich. Die gesamte Gesellschaft sei aufgerufen, Menschen mit Behinderung in ihre Mitte zu holen. „Inklusion ist das große Zukunftsthema unserer Gesellschaft“, so Dotzel. Der Bezirk Unterfranken habe daher die Verwirklichung des Inklusions-Gedankens zu einem seiner herausragenden Ziele gemacht. So unterstütze er die vielen niederschweligen Angebote in den Bereichen Arbeit, Wohnen, Bildung sowie Freizeitgestaltung. Zudem würdige der Bezirk seit dem vergangenen Jahr besonders herausragende Projekte mit dem „Unterfränkischen Inklusionspreis“.



**Das Fachforum des Bezirkstags
auf der ConSozial findet am
Mittwoch, 26. Oktober 2016
von 11.30 Uhr bis 13.00 Uhr statt.**

ist mehr als ein rollstuhlgerechter Eingang oder ein Beipackzettel in Brailleschrift. Inklusion schließt alle Lebensbereiche mit ein. Dies will der Bezirk Unterfranken mit seiner Veranstaltung deutlich machen. Alle Menschen sollen gleichberechtigt am Leben teilnehmen können, egal ob mit oder ohne Behinderung!

Inklusion sei nicht Sache einiger Experten, sondern ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag, machte Bezirkstagspräsident Dotzel im Vorfeld der Nürnberger Messe

Diese Vielfalt zeigt sich auch beim Fachforum in Nürnberg. Spannende Interviews lösen sich ab mit lockeren Gesprächen und einer Talkrunde. Ein kurzer Power-Point-Vortrag wird dem besseren Verständnis dienen, und natürlich wird die Band Mosaik ein paar Kostproben ihres Könnens geben. Insgesamt erwarten die Besucher dieses Fachforums eineinhalb kurzweilige und informative Stunden, an deren Ende jeder für sich die Frage beantworten kann, was die technisierte, elektronische und digitale Welt für die Inklusion bedeutet.

save the date

21. November 2016**Gemeinsamer Fachtag der
LAG Ö/F und lagfa bayern e.V.**Aus spontan wird strukturiert:
Bürgerschaftliches Engagement
integriert.Neue Ansätze für ein gelingendes
Miteinander in der Flüchtlingshilfe.

Nach der Spontanhilfe und Erstversorgung der Geflüchteten geht es jetzt darum, das vielfältige Engagement vor Ort zu strukturieren und langfristig zu sichern. Bedarfsorientierte weitere Integrationsangebote müssen entwickelt sowie zukunftsfähige haupt- und ehrenamtliche Kooperationen gestaltet werden. Ein Augenmerk richtet sich dabei auch auf die Hilfe der Geflüchteten zur Selbsthilfe und ihre Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen.

Ziel des Fachtags wird sein, dass sich die (neu) installierten Freiwilligen-Koordinatorinnen und -Koordinatoren mit anderen Akteuren und örtlichen Netzwerken austauschen und fachliche Impulse für ihre Arbeit vor Ort erhalten. Nähere Informationen demnächst auf den Homepages von
www.lagfa-bayern.de
www.freie-wohlfahrtspflege-bayern.de

Fachausschuss Schuldnerberatung

- Landesarbeitsgemeinschaft
- der öffentlichen und freien
- Wohlfahrtspflege in Bayern
- Nördliche Auffahrtsallee 14
- 80638 München
- Telefon: 089 / 15 37 57
- Fax: 089 / 15 91 92 70
- E-Mail: LAGoefW-Bayern@t-online.de
- Internet: www.lagoefw.de



**Einladung zur 17. Bayerischen
Jahrestagung Schuldnerberatung**

**Verraten und Verkauft
Der Mensch hinter den roten Zahlen**

08. bis 09. November 2016
Haus St. Ulrich | Augsburg

Impressum

Bayerische Sozialnachrichten
Zeitschrift der Landesarbeitsgemeinschaft
der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in
Bayern (ISSN 1617-710X)

Herausgebende

Thomas Eichinger, Vorsitzender
Johanna Rumschöttel, Stellvertr. Vorsitzende
Hendrik Lütke, Geschäftsführer

Verlag: Landesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen
und freien Wohlfahrtspflege in Bayern
Nördl. Auffahrtsallee 14, 80638 München
Telefon 089/153757- Telefax 089/15919270
E-Mail: LAGoefW-Bayern@t-online.de
Internet: www.lagoefw.de

Redaktion und Anzeigen

Hendrik Lütke (verantwortlich)
Nördl. Auffahrtsallee 14 | 80638 München

Gültig ist die Anzeigenpreisliste vom 1.1.2016.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Mei-
nung des Verfassers wieder. Nachdruck nur unter
Quellenangabe gestattet.

Redaktionsschluss

der Ausgabe 4/2016: 20.07.2016
Die *Bayerischen Sozialnachrichten*
erscheinen in jährlich fünf Ausgaben
mit Beilage der Zeitschrift „Pro Jugend“.



Dieses Projekt wird gefördert durch:
**Bayerisches Staatsministerium für
Arbeit und Soziales, Familie und Integration**

// **Zukunftsministerium**
Was Menschen berührt.

Abonnementpreis

incl. Versandkosten u. Mehrwertsteuer
24,30 Euro pro Jahr. Kündigung des
Jahresabonnements schriftlich bis sechs
Wochen zum Jahresende. Bei Abon-
nenten, die am Lastschriftverfahren
teilnehmen, wird der Jahresbetrag ohne
Rechnungsstellung eingezogen.

Layout und Produktion:

Inge Mayer Grafik & Werbung
Amundsenstr. 8,
85055 Ingolstadt
Tel. 0841/456 77 66
Email: ingemayer@t-online.de

*Druck: Jugendwerk Birkenack
Birkenack, 85399 Hallbergmoos*



blind foundation

Die exklusive inklusive Band „Blind Foundation“ ist auch in diesem Jahr wieder zu Gast auf der ConSozial. Die Gruppe besteht aus zwei blinden und zwei sehenden Musikern und ist daher ein Musterbeispiel für gelebte Inklusion.

Nachdem Sie 2015 in ganz Deutschland mit ihren eigenen Songs der CD „Emoticons“ unterwegs waren, präsentieren sie im Oktober 2016 ihr neues Album „Smile“. Darauf werden Interpretationen bekannter Songs aus dem Popballaden- und Jazzrepertoire zu finden sein. Das Quartett ist damit dem immer wieder an sie herangetretenen Wunsch entgegen gekommen, doch mal Aufnahmen der eher ruhigeren Songs herauszubringen. Man darf ein gefühlsvolles und ausdrucksstarkes Werk mit Kompositionen von George Gershwin über Chris de Burgh bis zu Mark Knopfler erwarten - ein bisher unveröffentlichtes Blind Foundation Original wird ebenfalls zu hören sein. Bei der Produktion wurden dieses Mal auch akustische Instrumente wie Flügel, Akustikgitarre und Kontrabass eingesetzt.

Die Band Blind Foundation ist mit ihrem breitgefächerten Repertoire eine Bereicherung für jede Gala, jeden Empfang und jede Party.



Bild: Inge Mayer

Weitere Informationen:

www.blindfoundation.de und
www.facebook.com/blindfoundation
Kontakt: info@blindfoundation.de

Auftritte auf der ConSozial 2016:

26. Oktober:

10.00 Uhr Eröffnungsveranstaltung
13.00 Uhr ConSozial extra auf der Messebühne
18.00 Uhr Abend der Begegnung

27. Oktober:

Eröffnung + Abschluss KITA-Kongress
9.25 Uhr + 15.30 Uhr